Mich digital lesen?
Jetzt umstellen:
abs.ch/moneta

SCHULDEN

Betreibungsamt:
Wenn der Leiter das eigene System kritisiert **4**

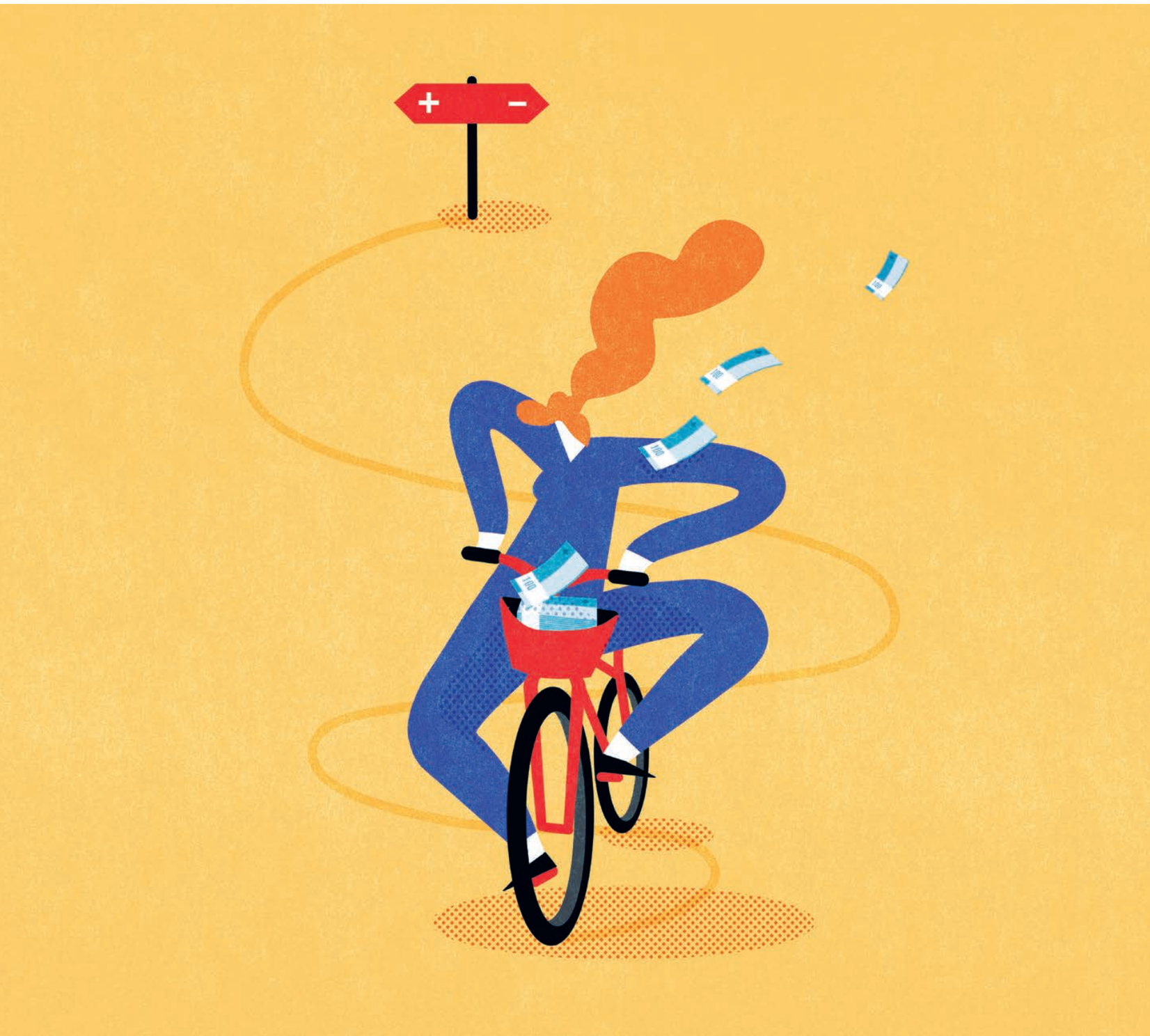
Schuldenbremse:
Sparen auf Kosten der Zukunft **10**

Scheitern erlaubt:
Wie das Konkursgesetz Innovation fördert und Betrug erlaubt **12**

Magazin für Geld und Geist

moneta

#3 2026



SCHULDEN

4 «Zu viele Kollegen sind froh um jede Betreibung»

6 Schuldenprävention schon im Schulunterricht

7 Vergessen und vergeben

8 «Wir sparen an der Zukunft»

10 Das Recht, zu scheitern

13 Jetzt gekauft, später bezahlt

12 Gute Schulden, schlechte Schulden

DIE SEITEN DER ABS

14 Alles rund um die aktuellen Themen der Alternativen Bank Schweiz

PERSÖNLICH

24 Christian Weiss: «Niemand wäre auf die Idee gekommen, sein Geld einer Bank anzuvertrauen»

moneta #3-2026
Magazin für Geld und Geist

moneta erscheint dreimal jährlich in deutscher und französischer Sprache und geht kostenlos an Kundinnen und Kunden der Alternativen Bank Schweiz AG (ABS). Die Wiedergabe von Texten und eigenen Illustrationen ist nur unter Quellenangabe und mit schriftlicher Zustimmung der Redaktion erlaubt.
Herausgeberin Alternative Bank Schweiz AG
Redaktionsleitung Katharina Wehrli *(kw)* und Simon Rindlisbacher *(sr)*
Redaktion Esther Banz *(eb)*, Roland Fischer *(rf)*, Diane Zinsel *(dz)*, Scarlett Palmeri *(sp)*, Dominique Roten *(dr)*, Katrin Wohlwend *(kwo)*, Julia Barriga *(jb)*
Online-Redaktion Scarlett Palmeri
Übersetzung text translate ag
Inserate Bruno Bisang, Luzia Küng
Layout Clerici Partner Design, Winterthur
Illustrationen Claudine Etter
Druck Ropress Genossenschaft, Zürich
Papier RecyStar Nature, 100 Prozent Recycling
Adresse Alternative Bank Schweiz AG, moneta, Amthausquai 21, Postfach, 4601 Olten, Telefon 062 206 16 16, *moneta@abs.ch*
Auflage dieser Ausgabe 21 000 Ex.
Beilagen Werbung und Beilagen, die nicht von der ABS stammen, sind bezahlte Inserate – diese Einnahmen helfen uns, die Produktionskosten des Magazins zu decken.
Wichtiger Hinweis zu den Inseraten und Beilagen Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

Wenn Sie als Bankkundin/-kunde umziehen, melden Sie uns Ihre neue Adresse bitte via E-Banking-System oder telefonisch.

Online-Magazin: Alle Schwerpunktartikel von moneta erscheinen auch online unter *moneta.ch*.

Ein mächtiges Instrument



Schulden – ein Thema, das mit jedem Artikel, den man darüber liest, nicht nur spannender wird, sondern auch komplexer. «Gefühlt» (wie meine heranwachsenden Jungs sagen würden) alle haben Schulden: Privatpersonen, Firmen, Staaten. Es gibt sie zudem schon lange, schon länger als Geld. Ja, David Graeber und eine ganze Reihe anderer Anthropologinnen und Anthropologen gehen davon aus, dass sie fest zum Menschsein gehören.

Die Anthropologie zeigt auch, dass Schulden gesellschaftlicher Kitt sein können, nämlich dann, wenn es sich um ein ständiges Geben und Nehmen von Waren und Dienstleistungen handelt, wie das in gewissen vorkapitalistischen Gesellschaften der Fall gewesen sein soll. Man vertraute darauf, dass ein Gefallen mit einem Gegengefallen beglichen werde. Auch die moderne Ökonomie sieht in Schulden meist etwas Positives: Man kann mit einem Kredit ein Haus kaufen, ein Unternehmen gründen oder als Staat die Wirtschaft ankurbeln. Dank dem Geldwesen geht das heute vergleichsweise einfach. Es hat Schulden besonders leicht quantifizierbar und übertragbar gemacht.

Aber: Schulden haben schon immer Abhängigkeiten geschaffen (auch das gemäss Erkenntnissen aus der Anthropologie). Denn als Schuldnerin oder Schuldner ist man am empfangenden Ende einer Beziehung. Man ist Bittstellerin oder Bittsteller, und je dringender man Kredit braucht, desto stärker ist man auf die Gunst des Gegenübers angewiesen. Missbrauch ist da selbstredend nicht mehr weit – und diesen gab und gibt es in Schuldenbeziehungen immer wieder.

Schulden stehen in dieser moneta im Zentrum. Wir fragen: Wie gehen Privatpersonen, Firmen und Staaten mit ihnen um? Welche Auswirkungen haben sie auf einzelne Menschen, die Wirtschaft, die Gesellschaft? Und wie werden sie beurteilt?

Aus der Arbeit an diesem Heft ist mir vor allem eins geblieben: Schulden sind nicht nur ein komplexes Thema, sondern auch ein mächtiges Instrument, das einen verantwortungsvollen Umgang verlangt. Und dieser beginnt für mich damit, dass man sich mit Schulden überhaupt erst auseinandersetzt und – ganz wichtig – dabei die Komplexität des Themas nicht vorschnell reduziert. Ich hoffe, das ist uns mit diesem Heft gelungen, und wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Simon Rindlisbacher
Co-Chefredaktor moneta

moneta

Verpassen Sie keine Ausgabe und abonnieren Sie den moneta-Newsletter unter *moneta.ch/newsletter-anmeldung*

Filme für eine bessere Welt

Im November findet in Zürich zum 13. Mal das Films for Future Festival statt. Mit über hundert Filmen, Podiumsdiskussionen und Workshops widmet sich das Festival den brennendsten Fragen unserer Zeit. Ob Klimakrise, Krieg, KI oder gesellschaftliche Umbrüche – die Filmauswahl macht Zusammenhänge sichtbar und regt zum Handeln an. Am mittlerweile grössten Nachhaltigkeitsfilmfestival der Deutschschweiz treffen Schweiz-Premieren auf preisgekrönte Filme und prominente Gäste, die sich für einen tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel einsetzen. *(kw)*

– Das vollständige Programm und der Ticketverkauf sind online verfügbar unter: *www.films-for-future.org*

Schweiz ist Klimakollaps-Weltmeisterin pro Kopf

Ein hierzulande beliebtes Argument gegen eine konsequente Klimapolitik lautet: «Die Emissionen der kleinen Schweiz fallen nicht ins Gewicht.» Zum Vergleich wird gern China genannt. Aber es gibt einen Bereich, in dem die Schweiz schlechter abschneidet als China – und dies ausgerechnet da, wo der grösste Hebel ist: Wir zählen zu den acht grössten Investoren in die Erschliessung neuer Öl- und Gasreserven und den Ausbau fossiler Infrastrukturen. Auf Jahrzehnte hinaus. Pro Kopf gerechnet sind wir sogar Weltmeister. Das rechnet Breakfree Suisse vor. Das Klimakollektiv stützt sich dabei auf Zahlen ader anerkannten deutschen Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald und der niederländischen Forschungsorganisation Profundo.

Diese Anlagepraxis steht in krassem Widerspruch zu den gesetzlich verankerten Klimazielen der Schweiz: Bis 2050 muss Netto-Null erreicht sein. Die grossen Finanzunternehmen bekennen sich vordergründig zu diesem Ziel, aber die UBS allein hält Anleihen fossiler Unternehmen im Wert von 467 Millionen US-Dollar, deren Laufzeit über 2050 hinausreicht (insgesamt hält sie fossile Anlagen im Wert von 71,7 Milliarden US-Dollar).

Nebst den privaten Banken investieren auch Kantonalbanken, Pensionskassen, die Schweizerische Nationalbank und Versicherer wie die Suva im grossen Stil – «obwohl das Klima- und Innovationsgesetz den Bund seit Januar 2025 dazu verpflichtet, Finanzflüsse klimagerecht auszurichten», sagt die Klimaallianz.

Was mit ihrem Geld passiert, ist für Bürgerinnen und Bürger schwierig zu erkennen, weil die Finanzflüsse nicht transparent sind. Die Aktionsplattform von Breakfree Suisse bietet nun die Möglichkeit, die eigene Bank, PK oder Versicherung oder auch die SNB und die Finma anzuschreiben. Denn, gibt Urgewald-Geschäftsführerin Heffa Schücking zu bedenken: «In einer Welt im Klimakollaps gibt es keine sicheren Renten, keine sicheren Ersparnisse und keine sicheren Renditen.» *(eb)*

– Zur Aktionsplattform: *iicc-breakfree-loadtest.fly.dev*

moneta wird von der Alternativen Bank Schweiz (ABS) herausgegeben und von einer unabhängigen Redaktion betreut. *Die Beiträge geben nicht notwendigerweise die Haltung der ABS wieder, ausser auf den «Seiten der ABS» oder in speziell markierten Kommentaren.*



Foto: Schweizerisches Nationalmuseum

Ausstellung: «Bankenland Schweiz»

Eigentlich war das Thema überfällig für das Landesmuseum: Banken. Die seit Juni 2026 laufende Ausstellung zeigt, wie tief das Bankwesen in der Schweizer Identität verwurzelt ist, und zeichnet die Entwicklung des Bankwesens anhand von Geschichten und exemplarischen Objekten nach. Die Reise geht vom jüdischen Geldverleiher über städtische «Wechselstuben» bis zu Sparkassen und schliesslich den Grossbanken, die den industriellen Fortschritt sowohl ermöglichten wie von ihm profitierten. Im 20. Jahrhundert dann begann mit dem berühmten Bankgeheimnis der Aufstieg der Schweiz zur Finanzdrehscheibe von Weltrang. Die Ausstellung beleuchtet aber nicht nur die historischen Entwicklungen, sie lädt die Besucherinnen und Besucher auch zur Auseinandersetzung ein: Ist die Schweiz immer noch Bankenland – und sollte sie es auch noch lange sein? *(rf)*

– «Bankenland Schweiz» ist bis am 8. November 2026 im Landesmuseum in Zürich zu sehen: *landesmuseum.ch/bankenland*

Widersprüchliche Ernährungspolitik

Bis 2050 soll das Ernährungssystem der Schweiz nachhaltig sein: eine klimaangepasste Landwirtschaft mit hohem Selbstversorgungsgrad, eine Bevölkerung, die sich gesund und klimaschonend ernährt, und gegenüber 1990 40 Prozent weniger Treibhausgasausstoss aus der hiesigen Lebensmittelproduktion. Das hält die Vision des Bundesrats für das Ernährungssystem 2050 fest. Wo die Schweiz steht, hat kürzlich die OECD untersucht.

Ihr Bericht kommt zum Schluss, dass stabile politische Verhältnisse, eine starke Forschungs- und Innovationsfähigkeit, funktionierende Konsultationsmechanismen und ehrgeizige Nachhaltigkeitsziele zwar eine gute Grundlage für die Umsetzung der Vision bilden. Allerdings torpediert der Bund diese Umsetzung offenbar gleich selbst: So stellt die OECD etwa fest, dass er durch seine Unterstützung für die Zuckerproduktion und die Werbung für Fleisch eine Ernährungsweise fördert, die den gesetzten Zielen direkt widerspricht. Gleichzeitig gibt es Defizite bei den Nährstoffüberschüssen oder der Qualität der Biodiversität – trotz Subventionen für eine ökologischere Landwirtschaft. Die OECD leitet daraus ab, dass auch hier andere staatliche Instrumente – konkret die Produktionsanreize aus der Agrarstützung – die Wirkung der Umweltsubventionen abschwächen.

Schliesslich hält die OECD fest, dass Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz zwar grösstenteils gut informiert und umweltbewusst sind, aber nicht entsprechend einkaufen. Gemäss OECD sind deshalb ergänzende, möglicherweise strengere staatliche Eingriffe auf der Nachfrageseite zu erwägen. *(sr)*

– *blw.admin.ch/de/oecd-laenderexamen*

«Zu viele Kollegen sind froh um jede Betreibung»

Yves de Mestral sorgt dafür, dass Schulden beglichen werden und Gläubigerinnen zu ihrem Geld kommen. Gleichzeitig hinterfragt er die Wirkung des Systems und mischt sich in die Politik ein. Gespräch mit einem unkonventionellen Betreibungsbeamten.

Interview: Esther Banz

moneta: Yves de Mestral, Sie sind Stadtammann und leiten in dieser Stellung ein Betreibungsamt in Zürich. Wer sind die Menschen, mit denen Sie zu tun haben?

Yves de Mestral Viele können nichts oder wenig für ihre Schulden. Sie hatten einen Unfall oder wurden krank oder der unterhaltsverpflichtete Elternteil bezahlt seit der Ehescheidung die Alimente nicht oder nur teilweise. Handkehrum gibt es Leute, die in Kauf nehmen, sich zu verschulden, oder die sogar vorsätzlich betrügen. Dazwischen gibt es alles.

In einem Text der Schweizerischen Zeitschrift für Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht schaut ein Betreibungsbeamter im Fiebertraum aus der Zukunft auf das aktuelle Betreibungswesen zurück. Er kritisiert eine «weitgehend sinnbefreite Massenelendsverwaltung». Der Text stammt von Ihnen. Bitte erklären Sie!

Ich hinterfrage unser Betreibungssystem. Als ich den Text schrieb, gab es das Restschuldverfahren noch nicht, für das ich mich stark engagiert habe. Diesen Juni ist es gegen Widerstände der Bürgerlichen durchs Eidgenössische Parlament gekommen. Viele europäische Länder kennen die Befreiung von Restschulden schon lange. Endlich erhalten Menschen auch hierzulande diese Perspektive – unter sehr strengen Bedingungen.

Markiert dies das Ende der «Massenelendsverwaltung» – oder was meinen Sie überhaupt damit?

Ich spreche von Massenelendsverwaltung, wenn sich ein Verlustschein an den nächsten reiht. Das führt nirgendwohin. Bei Personen in dieser Situation wird ja der Lohn gepfändet. Wenn dann Lohnpfändung auf Lohnpfändung folgt, sinkt die Motivation, im Arbeitsprozess zu bleiben. Denn weshalb soll jemand arbeiten gehen, wenn es kaum noch einen Unterschied zum Existenzminimum der Sozialhilfe gibt? Ein Restschuldbefreiungsverfahren hilft, den Ausstieg aus dem Arbeitsprozess zu verhindern. Das ist auch volkswirtschaftlich relevant.

Sie haben die Krankenkassenprämien noch gar nicht erwähnt. Diese steigen bekanntlich ungebremst. Welchen Anteil haben sie daran, dass sich Personen hierzulande verschulden?

Tatsächlich sind Krankenkassenprämien und Steuern in der Schweiz der Hauptgrund für Verschuldung. In anderen Ländern wird beides



jeweils direkt vom Lohn abgezogen, dort gilt: Was mir aufs Konto überwiesen wird, steht mir zur Verfügung. Der direkte Abzug vom Lohn wäre eine konstruktive Art, bestehende Probleme zu lösen. Die Stimmberechtigten im Kanton Basel-Stadt haben diesen Sommer übrigens Ja gesagt zum automatischen Steuerabzug. Und dann gibt es im Zusammenhang mit den Steuern eine weitere systemische Unsinnigkeit.

Nämlich?

Wenn jemand die Rechnungen nicht bezahlen kann, kommt es zur Pfändung. Dabei wird berechnet, was diese Person zum Leben braucht, also das Existenzminimum: Miete, Krankenkasse, öffentlicher Verkehr etwa. Die Berechnungen sind sehr streng. Die Differenz zum Einkommen ergibt den monatlichen Betrag, mit dem die Schulden abbezahlt werden. Was da nicht enthalten ist, sind die Steuern. Das ist seit 134 Jahren so.

Warum ist das relevant?

Vor hundert und mehr Jahren wurde nur bei jedem zehnten Schuldner das Einkommen gepfändet, die meisten Pfändungen waren Sachpfändungen, von Möbeln etwa. Heute sind Möbel nichts mehr wert. Die Entwertung von Dingen führte dazu, dass die Einkommenspfändung, die früher die Ausnahme war, zur Regel wurde. Das Gesetz wurde aber nicht den neuen Realitäten angepasst. Dort steht bis heute lediglich, dass von der Pfändung befreit ist, was jemand zum Überleben braucht – und die Steuern sind nicht mitgemeint. Diese müssen aus dem wenigen Geld, das im Pfändungsverfahren vom Lohn zum Leben bleibt, bezahlt werden. Und die Steuerrechnung kommt erst am Ende des Lohnpfändungsjahres. So führen die Steuern zu ständig neuen Schulden. Im Resultat eine absurde bürokratietreibende Endlosschleife mit hohen Kosten.

Das kann nicht im Sinn des Staates sein.

Ja, aber die Entscheidungsträger bei Bund und Kantonen haben entweder zu wenig Fachkenntnis oder sind völlig indifferent. Und: Viele Kollegen halten es für richtig so – auch weil es weniger Betreibungen gäbe, wenn der Systemfehler behoben würde.

Moment, Sie sagen: Betreibungen sind gewollt?

Ja, natürlich. Es gibt leider zu viele Berufskollegen, die froh sind um jede Betreibung: Die hohe Zahl von Betreibungen scheint Teil ihrer Identität zu sein. Die schlimmsten sind aber diejenigen, die – ungeachtet der Qualität, die sie produzieren – ihre Organisation darauf ausgerichtet haben, möglichst viele Gebühreneinnahmen zu generieren.

Ich fasse zusammen: Steuern und Krankenkassenprämien sind ein Hauptgrund für private Verschuldung, und zu viele Betreibungsbeamte möchten daran nichts ändern?

Genau. Die Mutter aller Lösungen wäre, die Steuern und die Krankenkassenprämien direkt vom Lohn abzuziehen. Ich begrüsse das, aber die bürgerliche Politik wehrt sich mit Händen und Füssen dagegen. Sie sagen: Der de Mestral hat uns schon bei den Krankenkassenprämien einen Drittel der Betreibungen «weggenommen», jetzt will er uns auch noch die Steuerbetreibungen «wegnehmen».

Was war das mit den Krankenkassenprämien?

Seit kurzem können wir als Betreibungsamt die laufenden Grundversicherungsprämien und Gesundheitskostenbeteiligungen einer Person, deren Einkommen gepfändet wird, begleichen, wenn sie das verlangt. Das Geld dafür überweist uns der Arbeitgeber – wir nehmen dann die Überweisung an die Krankenkasse vor. So werden immer neue Krankenkassenschulden vermieden, die Spirale wird gestoppt.

Kürzlich waren Sie bei einer weiteren Gesetzesänderung auf Bundesebene massgeblich involviert: Bis jetzt konnte jemand mit Einträgen im Betreibungsregister nach Umzug in einen andern Betreibungskreis dort einen sauberen Auszug präsentieren. In Zukunft gibt es ein schweizweites zentrales Informationssystem. Erschwert das nicht die Situation von Menschen mit Schulden?

Ich verstehe, dass das Bauchweh machen kann. Aber man muss sich bewusst sein: Gibt man Daten in private Hände, wird es nicht besser. Schon gar nicht in diesem sozialpolitisch sensiblen Bereich.

Warum in private Hände? Betreibungsämter sind Teil der öffentlichen Hand, und das stellt doch niemand infrage.

Doch. Gewisse politische Kräfte wollen die Betreibungsgebühren senken, um Substrat von den Betreibungsämtern abzuziehen. Irgendwann könnte man das Betreibungswesen dann genauso gut privatisieren. Schon jetzt machen private Wirtschaftsauskunfteien mit Daten zur Bonität, die sie schweizweit sammeln, ungeheuer viel Geld. Diese Akteure würden, wenn sie könnten, das Zwangsvollstreckungswesen weiter monetarisieren, so wie das im umliegenden Ausland schon der Fall ist. Der Staat macht das nicht. Ausserdem kann man als Bürger oder Bürgerin vor Gericht kostenlos Beschwerde führen, wenn man mit einer Massnahme nicht einverstanden ist.

Wie wirken Betreibungen und Zwangsvollstreckungen eigentlich auf das Leben von Schuldnerinnen und Schuldnern?

Dazu wissen wir eben viel zu wenig. Der primäre Zweck des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs, kurz SchKG, das seit 134 Jahren gilt, ist klar: Die Gläubiger sollen zu ihrem Geld kommen. Uns sollte aber auch interessieren, welchen Effekt unser Handeln auf die verschuldeten Personen hat. Deshalb frage ich mich ständig: Wo im Gesetz können wir Wirkungsorientierung reinbringen?

Woran erkennt man ein gutes Betreibungssystem?

Etwa daran, ob Schuldnerinnen und Schuldner nach der Pfändung noch einen Job haben. Es geht auch darum, einen Spielraum zu geben, ein Minimum an Entwicklungsmöglichkeiten. •

Foto: zvg



Der Jurist und Anwalt **Yves de Mestral** leitet seit 2010 das Betreibungsamt von Zürich Wiedikon und ist zugleich Präsident der Konferenz der Stadtammänner und Stadtamtsfrauen der Stadt Zürich. Der frühere SP-Kantonsrat lebt mit seiner Familie in Zürich.

Schuldenprävention schon im Schulunterricht

In der Schweiz sind junge Menschen nicht unbedingt stärker verschuldet als ältere. Doch sie häufen vermehrt Rückstände bei Steuern und Krankenkassenprämien an, oft weil sie das System zu wenig kennen. Die Vermittlung praktischer Finanzkompetenz während der obligatorischen Schulzeit könnte hier Abhilfe schaffen.

Text: Diane Zinsel

Dein erstes Auto: Occasion oder Leasing? Steuererklärung jetzt oder später ausfüllen? Du verlierst den Job: Welche Rechnung zahlst du nicht? Miete oder Kita? Willkommen bei «Till Next Bill», einem Videospiel, in dem man die eigene Spielfigur finanziell über Wasser halten muss und das auf Erfahrungen echter Menschen beruht. «Acht von zehn überschuldeten Personen hatten bereits vor ihrem 25. Lebensjahr Schulden. Präventionsarbeit ist deshalb essenziell. Man muss früh damit beginnen und alle verfügbaren Mittel einsetzen», erklärte der Kanton Waadt 2023 anlässlich der Veröffentlichung des Spiels, das von der Neuenburger Stiftung für die Koordination der Sozialhilfe und dem Kanton Tessin unterstützt wurde.

«Till Next Bill» ist kostenlos und richtet sich an 15- bis 25-Jährige. Es ermöglicht, sich ohne Risiken mit heiklen finanziellen Situationen auseinanderzusetzen. Dabei lernt man insbesondere Rechnungen einzuplanen, bevor sie eintreffen. Zudem soll das Spiel helfen, «einen offeneren Umgang mit den Themen Geld und Schulden zu fördern und jungen Leuten Hilfsangebote näherzubringen», erläutert das Departement für Unterricht und Berufsbildung des Kantons Waadt. Es setzt das Spiel als pädagogisches Hilfsmittel ein.

Es braucht mehr als gute Ratschläge

Ob Menschen unter 25 Jahren stärker überschuldet sind als solche zwischen 25 und 50 Jahren, lässt sich anhand offizieller Statistiken nicht sagen. Es zeigt sich aber, dass es für Junge schwieriger ist, Steuern und Krankenkassenprämien zu bezahlen. «Das Phänomen lässt sich unter anderem mit dem Schweizer Steuersystem erklären, das auf Eigenverantwortung beruht», sagt Caroline Henchoz, Professorin an der Hochschule für Soziale Arbeit und Gesundheit Lausanne (HETSL). Sie hat mehrere Studien zum Thema durchgeführt.

Aus ihrer Forschung weiss sie, dass sich das Finanzwissen, das Jugendlichen zu Hause vermittelt wird, manchmal auf das bekannte «Gib nicht mehr aus, als du hast» beschränkt. Ein sinnvoller Ratschlag, jedoch kein konkretes Hilfsmittel. Viele junge Menschen müssen auf eigene Faust und oft auf eigene Kosten lernen, wie man eine Steuererklärung ausfüllt oder wie Krankenkassenprämien und Kleinkredite funktionieren. Wer Zahlungsfristen schlecht oder gar nicht einplant, kann Zahlungsrückstände ohne ausreichendes Einkommen oder die Unterstützung finanzkräftiger Eltern kaum aufholen, fasst Caroline Henchoz zusammen.

Ihre jüngste Studie zeigt, dass es verschuldeten Menschen psychisch und physisch schlechter geht als dem Rest der Bevölkerung. Eine von der Schuldenberatung Schweiz zitierte Studie kommt zum Schluss, dass 24 Prozent der verschuldeten Personen Symptome einer schweren Depression aufweisen, gegenüber 2 Prozent in der Gesamtbevölkerung. «Schulden, auch kleine, wirken sich überall im Alltag aus, von der Arbeit bis zu den sozialen Beziehungen. Es entsteht ein Teufelskreis: Der Stress, den die Schulden verursachen, belastet die Gesundheit. Das führt zu weiteren Kosten und zu sozialer Isolation», ergänzt Henchoz. Die Prävention in diesem Bereich ist daher auch eine Aufgabe der öffentlichen Gesundheit.

Für ein koordiniertes Programm

Caroline Henchoz begrüsst Spiele wie «Till Next Bill», da man damit «junge Menschen abholen und bestmöglich auf das Erwachsenenleben vorbereiten kann». Sie bedauert jedoch, dass Bund und Kantone zu wenig zusammenarbeiten, um ein nationales Bildungsprogramm aufzubauen, das bereits in der obligatorischen Schulzeit beginnt und so alle Schülerinnen und Schüler erreicht. Die Soziologin fordert, in ein solches Programm auch praktische Übungen einzubauen, da junge Menschen durch eigene Erfahrungen oft am besten lernen. Es gehe auch darum, die Strategien einkommensschwacher Haushalte mit einzubeziehen. Diese können beispielsweise kein Geld zur Seite legen, entwickeln dafür aber andere, konkretere, wenn auch weniger anerkannte Sparformen, wie etwa Grosseinkäufe zu tätigen oder Lebensmittel einzufrieren. Dennoch, so Caroline Henchoz abschliessend, «kann keine noch so umfassende Finanzbildung einen ausreichenden Lebensstandard ersetzen». •

Vergessen und vergeben

Schulden sind nicht nur für Private eine Last, sie können es auch für Staaten sein. Werden da koloniale Machtverhältnisse einfach monetär weitergeschrieben, wenn Länder aus dem globalen Süden nicht mehr aus den Schulden herauskommen? Ist das womöglich gewünscht? Text: Roland Fischer

Es gibt ein Bonmot des Altertumswissenschaftlers Moses Finley: Sämtliche revolutionären Bewegungen in der antiken Welt hätten ein einziges Programm gehabt, «die Schulden streichen und das Land neu verteilen». Dasselbe kann auch für China gelten, wie David Graeber in seinem Klassiker «Schulden – Die ersten 5000 Jahre» ausführt. Und auch im frühen Christentum finde sich dieselbe politische Prägung, glaubt der Anthropologe. Ähnlich argumentiert der Wirtschaftshistoriker Michael Hudson: «Vergib uns unsere Schuld» habe ursprünglich bedeutet, konkret Schulden zu erlassen. Denn zu allen Zeiten, in allen Kulturen neigen Schulden dazu, schneller anzuwachsen, als Schuldner sie zurückzahlen können. Was dann geschieht, ist insbesondere bei Staatsschulden wesentlich – und reflektiert nicht zuletzt politische Machtverhältnisse.

Komplizierte Umschuldung

Andreas Missbach von Alliance Sud sagt, hochverschuldete Länder gebe es überall auf der Welt, doch im globalen Süden sei das Problem ungleich grösser. Da Staatsschulden solcher Länder als riskanter eingeschätzt würden als solche im globalen Norden, gerate die Schuldensituation im Krisenfall leicht ausser Kontrolle, die Zinsen gingen dann «durch die Decke». Staatsschulden werden in der Regel nicht zurückgezahlt – sie werden abgelöst durch neue Schulden. Ist das nicht mehr möglich, weil sich kein Käufer findet, dann droht der Staatsbankrott. Das sei übrigens gar nicht so unüblich, sagt Missbach, «im 19. Jahrhundert war das sogar ganz normal». Heute versucht man einen solchen nach Möglichkeit zu verhindern, dann schlägt die Stunde des Internationalen Währungsfonds (IWF) – ein Lieblingsgegner Graebers. Der IWF handelt aus, wie eine Umschuldung funktionieren könnte. Doch diese Verhandlungen seien sehr kompliziert geworden, sagt Missbach, da ganz verschiedene Interessen auf Gläubigerseite austariert werden müssten. Lange hätten vor allem andere Staaten solche Kredite gewährt, heute machten auch vermehrt Private mit, dazu spiele auch China noch eine schwer zu berechnende Rolle.

Willkommenes Herrschaftsinstrument?

Als Staaten allein als Gläubiger aufgetreten seien, hätte das natürlich riesige Machthebel geboten, sagt Missbach. Im Sinne von: Wir erlassen euch die Schulden, dafür gehen ab jetzt sämtliche Hafeneinnahmen an uns. Gerade beim IWF sieht er aber inzwischen ein gewisses Umdenken hin zu einer langfristigen Schuldenpolitik. Man versuche, die Schuldenlast zumindest so weit zu reduzieren, dass die betroffenen Länder nicht mehr ihr ganzes Budget zur Bedienung der Schuldenlast aufwenden müssten. Das erinnert fast ein wenig an die Schuldensanierung bei Privaten, wie man sie ja auch hierzulande kennt: Nicht verurteilen, sondern aus dem Teufelskreis heraushelfen, das ist für alle Beteiligten das Beste. Was aber, wenn das gar nicht das Ziel ist, wie Graeber argumentiert? Wenn Schulden also ein willkommenes Herrschaftsinstrument bedeuten, das koloniale Machtverhältnisse diskret und mit neuer Legitimation weiterschreibt? Missbach glaubt, dass nicht nur der «Schuldeneintreiber» (nach Graeber) IWF heute anders agiert, sondern dass auch die privaten Gläubiger nach anderen Regeln spielen als die staatlichen. Sie seien vor allem an Rendite interessiert, an höheren Zinsen also, bei möglichst kleinem Ausfallrisiko. Und insofern an zahlungsfähigen Schuldnern.

Schuldenschnitte realpolitisch nicht machbar

Was aber auch bedeutet, dass die privaten Gläubiger äusserst ungern auf ihr investiertes Kapital verzichten. Deshalb hält Missbach radikale Schuldenschnitte, wie sie (wiederum in biblischer Referenz) zum Beispiel die Initiative Erlassjahr fordert, «realpolitisch für nicht machbar». Natürlich wäre es für manche Staaten das Beste, «ganz neu anfangen zu können» – das sei je nachdem aber auch mit einem «Teilabschreiber» zu schaffen. Auch ein solcher würde den Ländern ein wenig Luft verschaffen, um «die Lehren daraus zu ziehen, welche Schulden sinnvoll sind und welche eher nicht». Denn nach wie vor ist es für Staaten aus dem globalen Süden «sehr verlockend», sich auf dem Bondmarkt zu verschulden. Geld ist im Überfluss vorhanden, und die Konditionen scheinen günstig. Bis eben die Krise kommt. •



«Wir sparen an der Zukunft»

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich eine rekordtiefe Schuldenquote. Dass trotzdem weiter gespart wird, obschon in vielen gesellschaftlichen Bereichen wichtige Investitionen nötig sind, hat vor allem einen Grund: die rigide Anwendung der Schuldenbremse.

Text: Katharina Wehrli

Die Schweiz muss sparen. Seit längerem prägt dieser Grundsatz die nationale Politik: Bundesrat und Parlament kürzten in den letzten Jahren beispielsweise Gelder bei Bildung, Klimaschutz, öffentlichem Verkehr, Entwicklungszusammenarbeit oder Gewaltprävention. Das neuste Sparpaket von Finanzministerin Karin Keller-Sutter wurde vom Parlament zwar verkleinert, sieht aber fürs kommende Jahr immer noch Budgetkürzungen im Umfang von 1,4 Milliarden Franken vor – und für die beiden Folgejahre von je 1,9 Milliarden.

Aber warum muss die Schweiz, eines der reichsten Länder der Welt, eigentlich sparen? Um die Schuldenbremse einzuhalten. So lautet eine oft genannte Begründung, zumeist von bürgerlicher Seite vorgebracht – allen voran von der Finanzministerin selbst, die die Schuldenbremse auch schon als ihre «beste Freundin» bezeichnete.

Staatsverschuldung ausgebremst

Die Schuldenbremse ist seit 2001 in der Bundesverfassung verankert. Sie besagt, dass der Bund nicht mehr ausgeben darf, als er einnimmt – bereinigt um konjunkturelle Schwankungen. Diese Regelung soll verhindern, dass die Bundesschuld wächst wie in den 1990er-Jahren, als sie kontinuierlich von 11 auf 25 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) angestiegen war. Seit Einführung der Schuldenbremse sank die Schuldenquote des Bundes auf 14 Prozent. Dafür verantwortlich ist einerseits das Wirtschaftswachstum: Wenn die reale Frankenschuld stabil gehalten wird, das BIP aber jährlich wächst, sinkt die daran gemessene Schuldenquote automatisch. Andererseits wird die Schweizer Schuldenbremse äusserst streng angewendet.

Heute liegt die Verschuldung der Schweiz auf rekordtiefem Niveau. Nimmt man die Schulden des Bundes und der Kantone zusammen, hat die Schweiz eine Schuldenquote von 37 Prozent. Das ist die geringste Staatsverschuldung von allen mittelgrossen und grossen Industrieländern der Welt.

Tiefe Staatsschulden als Vorteil und Nachteil

Diese rekordtiefe Staatsverschuldung ist zunächst eine gute Nachricht: Sie bedeutet, dass die Schweiz verhältnismässig wenig Steuereinnahmen für Schuldzinsen ausgeben muss – zum einen, weil die zu bedienenden Schulden bereits tief sind, und zum anderen, weil der Bund dank der niedrigen Verschuldung auf dem Kapitalmarkt vorteilhafte Konditionen erhält, wie Marius Brülhart, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Lausanne, in «Die Volkswirtschaft» ausführt. Vor allem aber macht die tiefe Verschuldung den Staat widerstandsfähig, wie der Ökonomieprofessor betont: Bei Krisen wie der Corona-Pandemie kann die Schweiz problemlos zusätzliches Geld aufnehmen, um so krisenbedingte Mehrausgaben zu finanzieren.

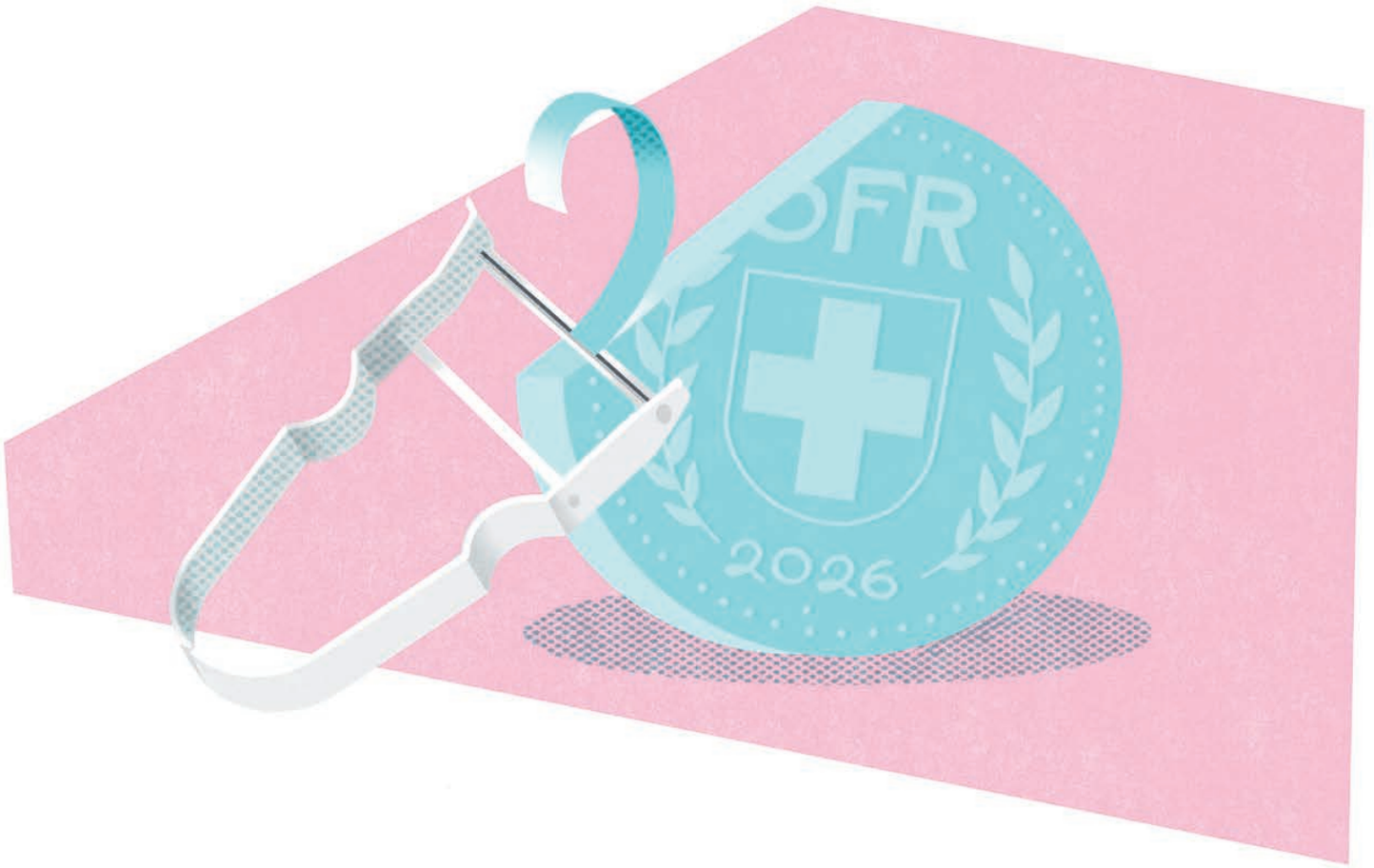
Aber die tiefe Staatsverschuldung der Schweiz ist nicht einfach nur gut. Denn für den Staat kann es sinnvoll sein, langfristig rentable Investitionen durch Schulden zu finanzieren – so wie es sich für eine Familie lohnt, die Ausgaben für einen Hauskauf mittels Hypothekardarlehen über die Jahre zu verteilen. Zudem schreibt Marius Brülhart: «Schuldenabbau ist nicht gratis. Jeder Franken, der für die Rückzahlung von Staatsschulden eingesetzt wird, ist ein Franken, der nicht für andere Staatsleistungen zur Verfügung steht oder – dies wird oft übersehen! – auch nicht im Portemonnaie der Steuerzahler belassen werden konnte.»

Sparen auf Kosten künftiger Generationen

Die Folgen der heutigen Sparpolitik werden vor allem künftige Generationen tragen müssen. Ein offensichtliches Beispiel ist die Klimakrise, die das Leben künftiger Generationen bedroht. Um diese wirksam zu bekämpfen, bräuchte der Bund viel mehr Geld als heute, etwa um höhere Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien oder des öffentlichen Verkehrs zu tätigen. Dafür aber zusätzliche Kredite aufzunehmen, ist wegen der Schuldenbremse unmöglich. Die Basler SP-Ständerätin und erfahrene Finanzpolitikerin Eva Herzog, die im vergangenen Jahr eine Motion für eine Lockerung der Schuldenbremse eingereicht hat, drückt es so aus: «Wir sparen an der Zukunft, um noch weiter Schulden abzubauen, obwohl die Schweiz international zu den am tiefsten verschuldeten Ländern gehört und die Zinsen uns bei langer Laufzeit praktisch nichts kosten.»

Politik fordert weniger strenge Sparpolitik

Umgekehrt könnte man auch sagen: Wenn der Bund zwecks Schuldenabbau zukunftsweisende Investitionen nicht tätigt, vermindert er den künftigen Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – in Milliardenhöhe, wie beispielsweise das Online-Magazin «Republik» beschreibt. Vor diesem Hintergrund wird die strenge Anwendung der Schuldenbremse immer wieder kritisiert, vor allem von links-grüner Seite. Politikerinnen und Politiker von SP und Grünen lancierten in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorstösse für eine Reform der Schweizer Schuldenpolitik. Das Ziel: mehr Geld für Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales.



Bislang lehnte die bürgerliche Mehrheit im Parlament alle Vorschläge für eine Lockerung der Schuldenbremse ab. Wobei sich in jüngster Zeit etwas verschoben hat: Neu gibt es auch Stimmen von Mitte-Rechts, die die strengen Regeln der Schweizer Schuldenpolitik aufweichen wollen, und zwar vor allem, um angesichts der geopolitischen Spannungen die Rüstungsausgaben erhöhen zu können.

Eine stabile Schuldenquote anstreben

Der Bedarf nach zusätzlichem Geld ist also gross. Aber ist es aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll für die Schweiz, neue Schulden zu machen? Wäre es nicht besser, den erhöhten Finanzbedarf mit zusätzlichen Steuern zu decken? Die Frage geht an Cédric Tille vom Geneva Graduate Institute. Der Spezialist für Makroökonomie und Finanzwirtschaft erklärt: «Grundsätzlich gilt: Steuern sollten zur Finanzierung laufender Ausgaben verwendet werden, während Schulden zur Finanzierung einmaliger Ausgaben dienen sollten, deren Auswirkungen sich über viele Jahre erstrecken. Vor diesem Hintergrund halte ich Steuern für besser geeignet, höhere Sicherheitsausgaben zu finanzieren, während Schulden eher bei den Investitionen eine Rolle spielen sollten, mit denen die Schweiz sich an den Klimawandel anpasst.»

Der Genfer Ökonomieprofessor spricht sich denn auch dafür aus, die Zielsetzung der Schuldenbremse neu zu definieren und die Finanzpolitik auf eine Stabilisierung der Schuldenquote – und nicht wie bis anhin des Werts der Schulden in Franken – auszurichten: «Wenn die Wirtschaft wächst, sollte auch die Verschuldung im gleichen Tempo steigen, was bedeutet, dass wir eine stabile Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt anstreben sollten. Durch Schulden finanzierte Investitionen stellen keine Belastung für künftige Generationen dar, da diese Investitionen langfristig auch für diese Generationen Nutzen bringen.»

Eine politische Frage

Wenn eine stabile Schuldenquote das Ziel ist, wie hoch sollte sie aus wissenschaftlicher Sicht sein? Cédric Tille betont, dass «wirtschaftliche Analysen kein präzises Ziel für die Schuldenquote liefern können. Sie zeigen jedoch, dass eine sehr hohe wie eine sehr niedrige Quote eine schlechte Idee ist. Aber die Festlegung des genauen Ziels ist weitgehend eine politische Entscheidung.» Die Frage nach dem optimalen Niveau der Schuldenquote ist deshalb politisch, weil sie immer mit Werturteilen verbunden ist: Was ist wertvoller – tiefe Schulden, Steuersenkungen oder staatliche Investitionen in die Zukunft? Die Antwort muss deshalb im demokratischen Prozess ausgehandelt werden.

Der Vorschlag, die Schuldenquote des Bundes zu stabilisieren, wurde im Parlament letztmals 2024 von der Basler SP-Nationalrätin Sarah Wyss vorgebracht und von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Ob eine solche Neuausrichtung der Schweizer Schuldenpolitik in naher Zukunft eine politische Mehrheit finden wird, wird sich zeigen. Sicher ist, dass aus gesellschafts-, umwelt- und sicherheitspolitischer Sicht kein Weg daran vorbeiführt, dass der Bund mehr Geld aufwendet, um den drängenden Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen. Dafür die Schuldenbremse zu lockern, bedeutet zwar, sich von einem jahrzehntelang gehegten – und in verschiedener Hinsicht erfolgreichen – finanzpolitischen Grundsatz zu verabschieden. Aber es nicht zu tun und den bisherigen Sparkurs weiterzuverfolgen, ergibt angesichts der grossen Aufgaben, vor denen der Bund steht, schlicht keinen Sinn. •

Das Recht, zu scheitern

Das Schweizer Rechtssystem ermöglicht es Unternehmen, Konkurs anzumelden, ohne dass dies allzu schmerzhaft ist. Ein Sicherheitsnetz, das Innovation und das Recht auf Fehler unterstützt. Allerdings wird es manchmal auch zu betrügerischen Zwecken missbraucht. Text: Diane Zinsel

«Die juristische Person hat den Vorteil, dass sie sich selbst ‹auslöschen› kann, ohne dass dies wehtut», erklärt Hansjörg Peter, Professor und Spezialist für das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs. Ihre Schulden bestehen losgelöst von der natürlichen Person, die dahintersteht. Auf dem Spiel stehen lediglich das Startkapital – 20 000 Franken bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und 100 000 Franken bei einer Aktiengesellschaft – sowie die kumulierten Vermögenswerte. Das Privatvermögen bleibt geschützt.

Wenn ein Unternehmen in Konkurs geht, erstellt das Konkursamt ein Verzeichnis der Vermögenswerte und organisiert die Liquidation. Der Erlös dient der Begleichung der Schulden. Das Gesetz schreibt vor, dass zuerst die Löhne bezahlt werden, danach Sozialversicherungsbeiträge; schliesslich die Steuern, die Lieferantinnen und Lieferanten und die Investorinnen und Investoren «wie Sie und ich», erklärt Daniel Romano, Direktor der Betreibungs- und Konkursämter des Kantons Waadt. Ist das Verfahren beendet, erklärt das Gericht den Konkurs für geschlossen und das Unternehmen wird aus dem Handelsregister gelöscht. Es hört auf zu existieren und ist damit auch seine Schulden los. Eine natürliche Person dagegen haftet dafür bis zu ihrem Tod.*

Ein positives Experimentierfeld …

Dieser etwas «mildere» Rechtsrahmen soll die «eingegangenen Risiken» und den «erheblichen Aufwand» ausgleichen, die mit einer Unternehmensgründung verbunden sind, erläutert Maya Dougoud, Professorin an der Hochschule für Wirtschaft in Freiburg. Das erkläre auch, wieso in der Schweiz die Furcht vor unternehmerischem Scheitern im weltweiten Vergleich äusserst gering sei, fügt die Juristin hinzu. Dies ist ein wichtiger Faktor, der Innovation fördert und die Wirtschaft ankurbelt.

Auch die Quote jener, die sich nach einem Scheitern auf ein neues Projekt einlassen, ist sehr hoch. In der Schweiz lag sie für die Jahre 2024 und 2025 bei 33,9 Prozent. «Im unternehmerischen Umfeld, vor allem bei Start-ups, ist ein Misserfolg kein Makel im Lebenslauf, sondern eher ein Vorteil», erklärt Maya Dougoud. Investorinnen und Investoren setzen lieber auf Leute, die ihre Erfahrungen gemacht haben. Vorausgesetzt, sie sind anpassungsfähig.

… oder ein blinder Fleck

Kann dieser «milde» Rechtsrahmen zu Missbräuchen führen? «Ja, deshalb wurde das entsprechende Bundesgesetz per 1. Januar 2025 verschärft», erklärt Daniel Romano. Es soll verhindern, dass Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Schulden vor den Augen der Gläubiger und Sozialversicherungen loswerden und gleichzeitig möglichst viel von ihrem Vermögen behalten. Wie viele der 15 000 jährlich in der Schweiz eröffneten Konkursverfahren sind betrügerisch? Diese Frage ist schwierig zu beantworten. Der missbräuchliche Konkurs ist zwar seit langem bekannt, doch er hat «verschiedene Aspekte, die sich kaum in einer allgemeingültigen Definition umschreiben lassen», wie der Bundesrat in seiner Botschaft zur Reform festhielt.

Die Reform soll verhindern, dass Unternehmen in Schwierigkeiten die Eröffnung eines Konkursverfahrens hinauszögern, und somit die Möglichkeiten für Betrug einschränken. «Künftig können öffentlich-rechtliche Gläubiger wie Steuerämter oder AHV-Kassen ein Konkursverfahren einleiten, wenn sich Zahlungsrückstände anhäufen», hält Daniel Romano fest. Die Reform verpflichtet ausserdem die Konkursämter, der Staatsanwaltschaft systematisch jede in einem Dossier festgestellte Straftat zu melden.

«Das ist ein erster Schritt, aber man müsste noch weiter gehen», meint der Verantwortliche. Eine Arbeitsgruppe prüft derzeit weitere Ansätze, die auf die Personen abzielen, die hinter solchen betrügerischen Konkursen stehen und erheblichen Schaden verursachen. Und er erinnert daran, dass die Rechnung heute letztlich von der Allgemeinheit bezahlt wird. •

* Diesen Sommer hat das Bundesparlament ein neues Sanierungsverfahren für überschuldete Personen verabschiedet, die erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um ihre Schulden abzubauen. Die Umsetzung ist für 2029 vorgesehen.



Jetzt gekauft, später bezahlt

Dinge heute zu kaufen und erst später zu zahlen, ist heute kinderleicht und entsprechend weit verbreitet. Möglich gemacht hat dies die Kreditkarte. Ihre Geschichte nahm vor knapp hundert Jahren ihren Lauf. Heute ist sie aus dem Alltag vieler nicht mehr wegzudenken – und mit ihr die Frage: Hab ich Kredit?

Text: Roland Fischer

Die ersten Kreditkarten trug man nicht im Portemonnaie herum, sie waren im Laden oder in der Beiz an die Wand gepinnt. Darauf wurde notiert, was man gerade nicht bezahlen konnte – es wurde «angeschrieben». Das Prinzip des «Buy now, pay later» ist also uralt – die Geschichte der Kreditkarten im engeren Sinn begann vor bald hundert Jahren mit sogenannten «charge plates». Das waren hundemarkeähnliche Metallplatten mit eingeprägten Angaben zur Kundin oder zum Kunden, ausgegeben von US-Kaufhäusern in den 1930er- bis in die 1950er-Jahre. Dank ihnen brauchte man nicht direkt zu bezahlen, es wurden an der Kasse einfach die Angaben auf den Plates durchgepaust, die Rechnung folgte später.

Aus den USA in die Welt

1950 dann kam die erste übergreifende Kreditkarte, die nicht nur in spezifischen Geschäften angenommen wurde: Mit der Diners-Club-Karte konnten (meist gut situierte) Geschäftsleute ihren Business-Lunch auf die Karte buchen lassen – das Restaurant schickte die Rechnung an Diners Club, diese beglich sie und verrechnete den Kunden ein Monatstotal. Schon im ersten Betriebsjahr wuchs Diners Club von 10 000 Mitgliedern aus der New Yorker Geschäftswelt (sowie 28 Restaurants und zwei Hotels) auf mehr als 40 000 Mitglieder in einer Reihe grosser US-Städte an. Offenbar hatte man da ein Bedürfnis gekitzelt, zumal man in den USA Konsumkrediten gegenüber weniger voreingenommen war als zum Beispiel in Europa. 1958 starteten auch die grössten Banken des Landes, Bank of America und Chase Manhattan, eigene Kreditkartengeschäfte, wobei man lange geheim hielt, wie viel Geld mit den Karten zu verdienen war – man liess die Konkurrenz im Glauben, die Risiken seien zu gross. Aber je öfter Menschen mit Karten bezahlten, desto mehr Gebühren (die der Verkäufer trägt) wurden in die Kassen der Kreditkartenfirmen gespült. Die «BankAmericard» der Bank of America wurde 1976 zu Visa – ein Wort, das in fast jeder Sprache gleich klingt. Das Kreditkartengeschäft war längst über die USA hinausgewachsen.

Ausgeklügelte Bonitätssysteme

Letztlich sind Kreditkarten so etwas wie die Verdinglichung der simplen Frage: Hab ich Kredit? Es ging immer darum, eine verlässliche Art des «Anschreibens» zu finden, jenseits des überschaubaren Dorfgeschehens, wo man sich gegenseitig kannte. Und damit einhergehend: ein System, um die Kreditwürdigkeit einzuschätzen, wenn man die Kundin oder den Kunden, die oder der da um Kredit ersucht, eben nicht kennt. Vielleicht noch mehr als Transaktionswerkzeuge sind Kreditkarten deshalb ausgeklügelte Bonitätssysteme. Mit der allmählichen Verbreitung der Karten etablierten sich in den 1950er-Jahren die ersten Punktesysteme zur Bewertung der Kreditwürdigkeit: die «Kredit-Scores». Solche Scores bestimmen inzwischen nicht einfach, ob man eine Kreditkarte bekommt oder nicht, sie können darüber hinaus alles Mögliche beeinflussen – Zinsen, die bei anderen Kreditarten wie Hypotheken, Autokrediten und Studienkrediten berechnet werden, aber auch die Chancen, eine Wohnung zu finden.

Leben ohne Kreditkartennummer? Unvorstellbar.

Die Kreditkarte steht auch für den Siegeszug des Konsumkredits – mehr und mehr wurde es für breite Bevölkerungsschichten ganz normal, Dinge «auf Pump» zu kaufen. Deshalb wurde das systematische und effiziente Durchleuchten der Kreditnehmer immer wichtiger, um Ausfälle zu minimieren. Und spätestens mit dem Siegeszug des Online-Handels haben wir uns in gewisser Weise von Plastikkarten abhängig gemacht, während sich die konkrete Karte immer mehr «auflöst». Ein Leben ohne Kreditkartennummer ist kaum mehr vorstellbar – wie soll man eine Reise buchen, ein Velo mieten, ein digitales Abo abschliessen ohne sie? Und Kreditkartenfirmen schielen auf immer neue Geschäftsfelder: Inzwischen beziehen vor allem ärmere Schichten nicht mehr nur ein Essen, eine Reise, diverse Alltagsprodukte auf Kredit, sondern auch Behandlungen beim Arzt, Strom und Gas oder sogar die Kinderbetreuung. Die Frage also, ob man Kredit hat – oder ob eine Transaktion ohne weiteren Kommentar abgelehnt wird: Sie bestimmt bei immer mehr Menschen das gesamte Leben. •

Es ging immer darum, eine verlässliche Art des «Anschreibens» zu finden, jenseits des überschaubaren Dorfgeschehens, wo man sich gegenseitig kannte.



Gute Schulden, schlechte Schulden

Schulden werden gesellschaftlich ganz unterschiedlich gewertet – je nachdem, wer sie macht. Auch was Schuldnerinnen und Schuldner an Geld, Status und Beziehungen mitbringen, bestimmt massgeblich, welche Auswirkungen Schulden auf sie haben. Warum ist das so? Und was hat das mit unserem Wirtschaftssystem zu tun? Text: Simon Rindlisbacher

«Borgen macht Sorgen», heisst ein altes Sprichwort. Oder anders gesagt: Schulden sind etwas Heikles, ja Schlechtes. Am besten, man vermeidet sie, und wenn man welche hat, sind sie so rasch wie möglich zu begleichen. Diesen weitverbreiteten Grundsatz habe auch ich verinnerlicht. Als deutschsprachige Person scheine ich dafür besonders prädestiniert, schliesslich sind Schulden in meiner Sprache nur zwei Buchstaben weit entfernt von Schuld. Dass diese Nähe Folgen haben kann, zeigte jüngst ein wissenschaftliches Experiment: Wird in deutschsprachigen Ländern ein auszuleihender Geldbetrag als «Schulden» anstatt als «Kredit» bezeichnet, ist die Bereitschaft deutlich kleiner, das Geld tatsächlich auszuleihen. Und auch hier wieder: touché! Während ich die fünf Franken, die ich meinem Bekannten für das Feierabendbier *SCHULDE*, so rasch wie möglich begleichen will, halte ich den *KREDIT*, den mir die Bank für unser Einfamilienhaus gewährt hat, gern aus. Ich wurde durchleuchtet und für kreditwürdig befunden. Ein Kompliment, das uns im Eigenheim wohnen lässt. Nur: Schulden sind es trotzdem. Einfach gute?

Eine Wette auf die Zukunft

Wer sich mit Schulden etwas genauer befasst, merkt rasch, dass sie etwas Ambivalentes sind: Einerseits eröffnen sie Handlungsspielräume, indem sie Menschen ermöglichen, Ressourcen der Zukunft in der Gegenwart verfügbar zu machen. Ein Beispiel: Eine Bäuerin leiht Geld aus, um Saatgut zu kaufen. Indem sie sich ver-

schuldet, fährt sie quasi vorzeitig ihre Ernte ein (oder wenigstens teilweise) und ermöglicht sich so, überhaupt säen zu können. Dasselbe gilt auch für Hypotheken, Unternehmenskredite oder Mikrokredite.

Andererseits waren und sind Schulden immer auch Verpflichtungen, die rasch zu Abhängigkeiten führen können und zukünftige Handlungsspielräume einschränken. Sie sind eben auch eine Wette auf die Zukunft, die schiefgehen kann. So muss unsere Bäuerin das Geld für das Saatgut zurückzahlen, in der Regel mit Zinsen. Einen Teil ihres zukünftigen Einkommens wird sie daher nicht mehr frei ausgeben können – unabhängig davon, wie ihre Ernte ausfällt. Fällt sie schlecht aus, hat die Bäuerin nach der Rückzahlung möglicherweise weniger, als bevor sie sich verschuldete. Im schlimmsten Fall gerät sie in einen Teufelskreis der Überschuldung, weil sie sich gezwungen sieht, die alten Schulden mit neuen zu begleichen.

Eine Frage der Ressourcen

Schulden haben also die paradoxe Eigenschaft, neue Anfänge gleichzeitig zu versprechen *UND* zu verhindern, wie es der deutsche Philosoph Johann Szews auf den Punkt bringt. In welche Richtung sie tatsächlich wirken, hängt unter anderem von den sozioökonomischen Ressourcen (Vermögen, sozialer Status, soziales Umfeld) ab, die beide Parteien einer Schuldenbeziehung mitbringen. Das zeigen Untersuchungen eines Forschungsteams um die Genfer Sozioökonomin Solène Morvant-Roux. Gehen zwei Parteien eine Schuldbeziehung ein, die beide viele Ressourcen mitbringen, hängt die Schuldnerseite tendenziell nicht so stark vom gewährten Kredit ab, das Machtgefälle ist somit eher flach. Anders sieht es aus, wenn die Gläubigerin im Vergleich zum Schuldner viel mehr Ressourcen hat und dieser auf einen Kredit angewiesen ist. Das verstärkt die Abhängigkeit der Schuldnerseite und gibt der Gläubigerseite die Macht, die Bedingungen zu bestimmen – auch zum eigenen Vorteil.

Rechtsstaatlichkeit kann schützen

Ob die Gläubigerseite ihre Macht tatsächlich nutzen kann (im Positiven wie im Negativen), bestimmt gemäss Morvant-Roux der rechtsstaatliche Rahmen massgeblich mit: Dieser kann so gestaltet sein, dass er die Schuldnerseite schützt oder ausgeliefert lässt. Heute zählen zu diesem rechtsstaatlichen Rahmen beispielsweise gesetzliche Vorschriften zur Vergabe von Krediten, zum Umgang mit Insolvenzen oder Betreibungen; historisch zählten Schuldenerlasse, Zinsverbote oder Regeln gegen Wucher dazu.

Dass es solche Instrumente gab, um die Macht der Gläubiger einzugrenzen, kann man wie der Anthropologe David Graeber so deuten, dass Gläubiger ihre Macht tatsächlich immer wieder zu ihren Gunsten ausnutzten. So sehr, dass es staatliche Eingriffe brauchte, um den sozialen Sprengstoff zu entschärfen, den die entstandene Überschuldung darstellte. Für Graeber sind Schuldenbeziehungen denn auch immer Herrschaftsbeziehungen, und mit Blick auf die Geschichte zieht er ein düsteres Fazit: Mehrheitlich liessen sie ungesunde Abhängigkeiten entstehen und trugen so zur Vergrösserung der sozialen Ungleichheit bei.

Umverteilung von unten nach oben

Heute scheint das nicht viel anders zu sein. Nicht zuletzt dank dem Aufkommen von Geld (es ermöglicht, Schulden zu quantifizieren und einfacher zwischen Personen und über die Zeit zu übertragen) und der modernen Finanzwirtschaft (sie hilft, Schulden effizient zu organisieren und zu verwalten) sind Schulden zum brummenden Geschäft und zum festen Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems geworden. In unserer Zeit ist es gang und gäbe, mit Vermögen Geld zu verdienen – und das Geschäft mit den Schulden insbesondere dank den Zinsen ein probates Mittel dafür. Auf diese Weise trägt es auch dazu bei, dass immer mehr Vermögen von unten nach oben fliesst und sich bei wenigen konzentriert.

Dieser Umverteilungsprozess wird durch die sogenannte Finanzialisierung zusätzlich verstärkt: Leistungen etwa im Bereich Gesundheit, Bildung und Altersvorsorge werden immer weniger vom Staat angeboten und müssen gekauft werden. Wer wenig hat, muss sich deswegen vermehrt verschulden – mit allen Risiken, die das mit sich bringt. Solène Morvant-Roux verwendet für solche Schulden den Begriff «Überlebensschulden». Diese umfassen Zahlungsrückstände und Schulden zur Überbrückung von finanziellen Engpässen. Sie kommen bei einkommensschwachen Menschen auch in der Schweiz überdurchschnittlich häufig vor und verstärken deren Prekarität.

Schulden als Privileg der Besitzenden?

Diesen Überlebensschulden stellt Morvant-Roux die Akkumulationsschulden gegenüber. Letztere helfen Menschen, ihr Vermögen zu erweitern. Auf der Basis des bestehenden Besitzes erhalten sie zusätzliches Kapital, und das zu günstigen Konditionen. Überlebensschulden kosten in der Regel mehr, weil die Gläubigerseite dabei mehr Risiken eingeht. Da frage ich mich: Wenn davon die Rede ist, dass Schulden ihre guten Seiten haben, weil sie Handlungsspielräume erweitern können, reden wir dann vielleicht von diesen Akkumulationsschulden? Also von einem Privileg für jene, die schon haben (ausser vielleicht im Fall von Mikrokrediten)?

Denn Akkumulationsschulden gelten als positiv und werden gemäss Morvant-Roux normalisiert. Man spricht nicht von Schuld, sondern von Krediten, von Finanzierungen, von Darlehen, die etwas ermöglichen, etwa den Kauf eines Hauses. Überlebensschulden hingegen gelten als moralisch verwerflich. Zahlungsrückstände werden als persönliches Versagen gedeutet, obschon sie viel eher strukturelle Gründe haben. Deren Rückzahlung gilt als übergeordnete Pflicht, unabhängig davon, ob Krankheit, ein tiefer Lohn oder etwa eine hohe Miete die Ursache sind. Und wer in der Schweiz nicht mehr bezahlen kann (egal, ob selbstverschuldet oder nicht), läuft Gefahr, im Betreibungsregister erfasst und als vertrauensunwürdig abgestempelt zu werden, mit jahrelangen Folgen.

Genau hinschauen

Sind Schulden jetzt gut oder schlecht? Nun, sie können zwar Gutes bewirken. Mit Blick auf die Schulden einzelner Personen muss man sich aber fragen, ob diese Wirkung gerecht verteilt ist. Eher nicht, denke ich. So scheint der Kredit, der mir ein Eigenheim beschert hat – meine guten Schulden –, ein Privileg zu sein, das mir als vergleichsweise gut situierter Person zugänglich ist. Anderen, die ohnehin schon wenig haben, bleiben die Schulden, die rasch zur Falle werden. Und für die sie erst noch moralisch verurteilt werden, während ich als clever gelte. Wie kommen wir da wieder raus? Ein Anfang könnte sein, dass wir Schulden und insbesondere Überschuldung eben nicht vorschnell moralisch verurteilen. Denn das hindert uns womöglich daran, genau hinzuschauen und zu fragen: Wer hat sich da aus welchen Gründen verschuldet? Wer hat wem mit welcher Absicht Kredit gegeben? Und vielleicht stellen wir dann fest, dass bei weitem nicht immer die Schuldnerinnen und Schuldner die Schuldigen sind, sondern die gesellschaftlichen Strukturen oder unser kapitalistisches Finanzsystem, in dem es gang und gäbe ist, mit Vermögen Geld zu verdienen. •

DIE SEITEN DER ABS

«WIR MACHEN KEINE GESCHÄFTE, NUR WEIL WIR GESCHÄFTE MACHEN WOLLEN»

Das Geschäftsmodell der ABS beruht zu einem wesentlichen Teil auf der Vergabe von Krediten an Unternehmen und Immobilien, insbesondere an gemeinnützige Wohnbauträger. Carola Niederhauser, Fachverantwortliche Firmenfinanzierungen, erklärt, was die ABS dabei anders macht als andere Banken.

Interview: Katharina Wehrli



Foto: Nick Soland

Carola Niederhauser, wie wählt die ABS die Unternehmen aus, an die sie Kredite vergibt?

Carola Niederhauser Entscheidend ist, ob die Geschäftstätigkeit einer Firma einem unserer neun Förderbereiche entspricht. Dabei handelt es sich um Geschäftsfelder, die die ABS schwerpunktmässig finanzieren möchte. 2025 konnten fast 90 Prozent unseres Kreditportfolios einem unserer Förderbereiche zugeordnet werden (siehe Grafik Seite 15). Die ABS prüft aber auch die Finanzkennzahlen einer Unternehmung. Wir vergeben Kredite mit dem Geld, welches unsere Kundinnen und Kunden sowie Aktionärinnen und Aktionäre bei uns platzieren. Wir tragen Sorge zu diesem Geld und wollen sicherstellen, dass der gesprochene Kredit auch zurückgezahlt werden kann.

Welcher der Förderbereiche ist der wichtigste?

Für die ABS sind alle ihre Förderbereiche wichtig. Der grösste Teil der Kredite geht in den Bereich Zukunftsweisendes Wohnen und Arbeiten, und dort machen die gemeinnützigen Wohnbauträger einen sehr grossen und wichtigen Teil aus. Weiter machen Finanzierungen in Erneuerbare Energien und an Institute im Bereich Gesundheit und Betreuung einen grossen Teil aus.

Ist denn immer klar, ob ein Unternehmen in einen ABS-Förderbereich passt?

Jein. Bei vielen Unternehmen ist rasch klar, welchem ABS-Förderbereich diese zuzuordnen sind. Beispiele dafür sind ein Bio-Bauernhof oder ein Wärmeverbund. Teilweise gibt es aber auch einen gewissen Interpretationsspielraum. Schliesslich ist nie etwas nur schwarz oder nur weiss. Uns geht es darum, ein umfassendes Bild von der Nachhaltigkeit eines Unternehmens zu gewinnen. Bei Unklarheiten besprechen wir einzelne Anfragen auch im Team oder mit unserem Kreis Nachhaltigkeit. Uns ist wichtig, dass wir ein gemeinsames Verständnis von den Kriterien in den einzelnen Förderbereichen entwickeln und diese dann über die ganze Bank hinweg auch einheitlich umsetzen.

Bei der Auswahl der finanzierten Unternehmen gelten auch Ausschlusskriterien, oder nicht?

Ja. Das sind Themenfelder, die wir im Ökologischen wie im Sozialen als nicht nachhaltig beurteilen oder wenn wir ethische Bedenken haben und deshalb nicht finanzieren wollen, etwa die Rüstungs-, Öl- oder Atomindustrie. Wir vergeben keine Kredite, die diese Bereiche tangieren. Ein anderes Beispiel sind Menschenrechtsverletzungen. Da ist immer die Frage: Wie weit schaut man das an? In Firmen in der Schweiz können wir die Situation in der Regel viel besser beurteilen. Anders sieht es unter Umständen in der Lieferkette aus. Die ABS ist ambitioniert, was die Beleuchtung dieser Aspekte betrifft.

Gibt es denn bei der Kreditvergabe noch weitere ethische Richtlinien, die bei der ABS anders sind als bei anderen Banken?

Ja. Die ABS hat acht ethische Handlungsmaximen, die die Unternehmensführung und die Geschäftstätigkeit prägen. Mit einigen dieser Grundsätze unterscheiden wir uns von anderen Banken. Dazu zählt beispielsweise der Grundsatz: keine Spekulation. Das bedeutet über das Firmenkundengeschäft hinaus, dass wir einen möglichst hohen Anteil der Kundengelder in der Realwirtschaft platzieren wollen, um dort etwas zu ermöglichen. Zudem streben wir nicht nach Gewinnmaximierung. Wir wissen alle: Eine Unternehmung, auch unsere Bank, braucht Gewinn, sonst ist das wirtschaftlich nicht nachhaltig. Aber wir machen keine Geschäfte, nur weil wir Geschäfte machen und möglichst viel neue Kredite vergeben wollen. Für uns steht nicht das Volumen, sondern das Bedürfnis der Kundschaft im Zentrum. Das heisst: Wir dürfen wirklich beraten und müssen nicht um jeden Preis verkaufen. Dazu passt auch, dass die ABS keine leistungsabhängigen Boni zahlt. Dieser Verzicht auf finanzielle Anreize trägt sehr dazu bei, dass der Fokus auf der Beratungsqualität liegt.

Was bedeutet das konkret im Alltag der Kundenberaterinnen und -berater?

Wir möchten der Kundschaft die bestmögliche Lösung für ihr Unternehmen bieten. Wenn eine Finanzierung aktuell (noch) nicht möglich ist, zum Beispiel weil sich das Unternehmen noch stark in der Aufbauphase befindet, nehmen wir uns Zeit, dies der Kundschaft aufzuzeigen. Da spielt ein weite-

rer ABS-Grundsatz eine wichtige Rolle, nämlich Transparenz. Dazu gehört, dass wir in der gedruckten Version des Geschäftsberichts jeden einzelnen Kredit veröffentlichen und auch online eine aggregierte Kurzform dieser Liste zur Verfügung stellen.

Wir zeigen unserer Kundschaft transparent auf, wie wir etwas beurteilen und warum wir ein Projekt vielleicht nicht finanzieren – obwohl es thematisch zur ABS passen würde. Zum Beispiel, wenn wir sehen, dass es langfristig für die Kundschaft finanziell schwierig würde. Teilweise bringen wir in einem solchen Fall auch unseren Verein Innovationsfonds ins Spiel und geben der Kundschaft so eine weitere Perspektive.

Gibt es noch andere Punkte, bei denen sich die ABS im Umgang mit Kreditkundinnen und -kunden von anderen Banken abhebt?

Ja, indem die ABS grundsätzlich ein überdurchschnittlich umfassendes Nachhaltigkeitsverständnis hat, das viele verschiedene ökologische und soziale Themen adressiert und für die gesamte Geschäftstätigkeit gilt, nicht nur für einzelne Produkte. Zudem haben wir in einigen Bereichen spezifische Produkte, die gezielt auf die Bedürfnisse der Kundschaft zugeschnitten sind. Zum Beispiel im Bereich Erneuerbare Energien. Dort gewähren wir projektbezogene Finanzierungen für Energieprojekte. Solche Produkte gibt es meines Wissens in anderen Banken nicht, oder sie werden nur für grosse Infrastrukturprojekte angeboten. Ein anderes Beispiel ist die ABS-Hypothek Faires Wohnen. Diese unterstützt gemeinnützige Wohnbauträger, die Wohnraum nach den Grundsätzen der Kostenmiete anbieten und ein Bauprojekt zur Steigerung der Energieeffizienz realisieren. Zudem haben wir in diesen Bereichen ein grosses Wissen, weil diese Themen für die ABS von Anfang an wichtig waren. Dieses jahrzehntelang aufgebaute Wissen können wir auf dem Markt auch anbieten und uns von anderen Banken abheben.

Und wie sieht es mit dem Zins aus?

Wer nur auf den niedrigsten Zins aus ist, wird nicht bei uns das beste Angebot finden. Wir können und wollen nicht die Günstigsten auf dem Markt sein. Das ist unter anderem unserem Geschäftsmodell geschuldet: Dass bei uns Nachhaltigkeit und Ethik einen so grossen Stellenwert haben, schlägt sich natürlich auch in der Kostenstruktur nieder, etwa weil wir im Verhältnis zu unserer Grösse ein grosses Nachhaltigkeitsteam haben. Hinzu kommt: Weil die ABS relativ klein ist, fallen die Kosten für Infrastruktur, IT und das Erfüllen der regulatorischen Auflagen im Verhältnis zum Gesamtvolumen viel stärker ins Gewicht als bei einer grossen Bank. Aber wir wollen natürlich auch nicht die Teuersten sein. Letztlich muss sich das, was wir kosten, und das, was wir gegenüber der Kundschaft an Dienstleistung erbringen können, die Waage halten.

Welche Möglichkeiten hat die ABS, zur nachhaltigen Transformation der Gesellschaft beizutragen?

Die ABS hat mit ihren Förderbereichen die für uns wichtigsten Geschäftsfelder definiert, wo wir prioritär unsere Kredite vergeben möchten. Weiter sind wir bei Partnern aktiv, bei denen wir beispielsweise Workshops durchführen oder Infoveranstaltungen machen, um Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir wollen aufzeigen, was mit dem Geld passiert, wenn man es bei der ABS investiert – und was der Unterschied zu einer klassischen Bank ist. Auch indem wir die «moneta» herausgeben oder beispielsweise die Finanzplatzinitiative unterstützen, versuchen wir, über die eigentliche Banktätigkeit hinaus eine Wirkung zu erzielen und die Transformation mitzugestalten.

DIE SCHULDEN DER ABS

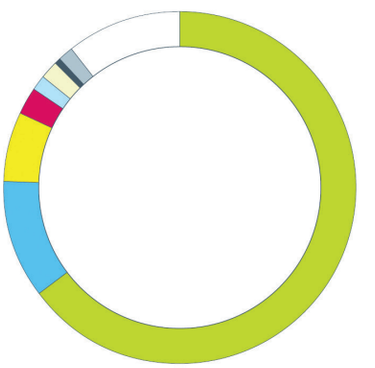
Die Alternative Bank Schweiz (ABS) vergibt nicht nur Kredite an Unternehmen, sondern ist selbst auch Schuldnerin – und zwar bei all ihren Kundinnen und Kunden. Wenn diese bei der ABS ein Konto haben oder Kassenobligationen der ABS besitzen, geben sie der Bank ihr Geld als Kredit (auch wenn es nicht so genannt wird). Basierend auf dem Geld der Kundinnen und Kunden vergibt die Bank dann wiederum selbst Kredite. Dies ist ein wesentlicher Pfeiler des Geschäftsmodells von (Retail-)Banken. «In diesem Sinne ist die ABS zu einem Grossteil schulden- beziehungsweise fremdfinanziert, nämlich zu rund 90 Prozent der Bilanzsumme», erklärt Philipp Brian, verantwortlich für das Treasury bei der ABS. «Dies ist im Bankensektor so üblich. Das Eigenkapital macht demgegenüber nur einen kleinen Teil aus, wobei die ABS die gesetzlichen Vorgaben betreffend Eigenmittel übertrifft.»



Philipp Brian ist für das Treasury bei der ABS verantwortlich. Foto: fotofabrik.ch

KREDITE IN FÖRDERBEREICHEN: 89,6 %

2025 konnte die ABS 89,6 Prozent ihrer Kredite einem ihrer Förderbereiche zuteilen (Basis: benutzbare Kreditlimiten). Damit hat sie ihr Ziel von mindestens 80 Prozent übertroffen.



	gerundet
Zukunftsweisendes Wohnen und Arbeiten	64,8 %
Erneuerbare Energien	10,8 %
Gesundheit und Betreuung	6,5 %
Zukunftsweisende Geschäftsmodelle	2,6 %
Nachhaltige Landwirtschaft	1,4 %
Umweltschonende Mobilität	1,4 %
Soziale Integration	0 %
Solidarische Entwicklung	0,6 %
Bildung und Kultur	1,5 %
Keinem Förderbereich zugewiesen	10,4 %

WICHTIGER HINWEIS ZU MONETA-BEILAGEN UND -INSERATEN

Zeichnungsangebote für Beteiligungen oder Obligationen in dieser Zeitung sind von der ABS nicht geprüft. Sie stellen deshalb keine Kaufempfehlung der ABS dar.

«WIR MÖCHTEN UNSERE KUNDINNEN UND KUNDEN LANGFRISTIG BEGLEITEN»

Wenn es um Immobilienfinanzierungen geht, ist für die ABS nicht nur die Nachhaltigkeit eines Gebäudes wichtig. Sie achtet auch darauf, dass Kundinnen und Kunden nach dem Kauf genügend Reserven für Unvorhergesehenes haben und dass ihr Eigenheim im Pensionsalter nicht zur untragbaren Belastung wird. Text: Katharina Wehrli



Foto: fotofabrik.ch

Immobilienfinanzierungen sind ein wichtiger Teil der Geschäftstätigkeit der ABS. Vor der Vergabe einer Hypothek prüft die ABS nicht nur wirtschaftliche Aspekte, sondern auch die Nachhaltigkeit einer Liegenschaft. Dazu hat die Bank vor einigen Jahren das Online-Tool ABS-ImmoImpact entwickelt, mit dem Hausbesitzerinnen und -besitzer innerhalb von 15 Minuten ermitteln können, wie nachhaltig ihre Immobilie und die Auswirkungen der geplanten Sanierung sind. Nur wenn die Nachhaltigkeitsstufe 1 erreicht wird, kommt sie für eine Finanzierung durch die ABS infrage, wie Raphael Scheidegger, Fachverantwortlicher Privatkundschaft Finanzieren erklärt. Zudem gilt: Je höher das Nachhaltigkeitsniveau ist – das Ergebnis von ImmoImpact bewegt sich auf einer Skala von 0 bis 3 –, desto tiefer fällt der Hypothekarzins aus. Die Nachhaltigkeit eines Hauses hat aber auch Einfluss auf seinen Wert. «Wenn eine Liegenschaft ein gewisses Nachhaltigkeitsniveau hat, kann das langfristig auch gut für ihre Wirtschaftlichkeit sein», erklärt Raphael Scheidegger. «Eine energetische Sanierung, eine Erdsonde oder eine Regenwasseranlage beeinflussen den Wert eines Hauses heute viel mehr als früher.»

Tragbarkeit mit Reserven

Und worauf achtet die ABS sonst, wenn sie eine Hypothek vergibt? Zentral ist die Tragbarkeit, zu der es allgemeingültige Regeln gibt: Eine Hypothek darf nicht höher sein als 80 Prozent des von der ABS ermittelten Immobilienwerts. Zudem sollten die kalkulatorischen Kosten der Hypothek maximal ein Drittel des Einkommens der Kundin oder des Kunden betragen. Aber: Wenn man sein Traumhaus gefunden hat und es unbedingt kaufen will, ist es manchmal schwierig, einen kühlen Kopf zu bewahren und die Kosten nüchtern zu betrachten. «Das ist ein bisschen wie bei einer Verliebtheit», lacht Raphael Scheidegger, «die kann ja auch blind machen. Unsere Rolle ist es dann, den Mahnfinger zu heben.» Konkret heisst das: Die ABS schaut nicht nur darauf, dass die Tragbarkeit gegeben ist, sondern auch, dass die Kundinnen und Kunden nicht alle ihre Barmittel für einen Hauskauf aufwenden. Sie sollten eine Reserve von mindestens drei Monatslöhnen für unvorhergesehene Ausgaben zurückbehalten, wie der Finanzierungsspezialist erklärt.

Langfristige Begleitung

Entscheidend ist, die Tragbarkeit einer Hypothek auch langfristig zu sichern. So legt die ABS von Anfang an zusammen mit der Kundschaft einen Rückzahlungsplan fest. «Wir möchten unsere Kundinnen und Kunden langfristig begleiten», sagt Raphael Scheidegger. «Deshalb schauen wir mit ihnen, spätestens wenn sie 50 Jahre alt werden, ob ihre Liegenschaft für sie auch im Pensionsalter noch tragbar ist.» Und was passiert, wenn sich das Einkommen durch etwas Unvorhergesehenes stark verändert? Die ABS sei verpflichtet, die finanzielle Situation der Kundinnen und Kunden regelmässig zu überprüfen, erklärt der Finanzierungsspezialist und ergänzt: «Wenn der Druck des Hypothekarzinses zu gross wird, suchen wir gemeinsam nach einer Lösung.» Unter Umständen könne ein Hausverkauf dann ein guter Weg sein – «für den Kunden, nicht für die Bank», betont Raphael Scheidegger und ergänzt: «Wir verzichten zum Teil auf sehr lukrative Finanzierungen, weil bei uns das Wohl des Menschen und nicht jenes der Bank im Vordergrund steht.»

Anstatt ein Haus zu verkaufen, gebe es oft aber auch andere Wege, erklärt Raphael Scheidegger, beispielsweise, es an die nächste oder übernächste Generation weiterzugeben. «Denn gerade für Junge ist es heute schwierig, ein Haus zu erwerben. Zum einen, weil sie in der Regel noch wenig Eigenmittel haben, zum anderen, weil die Immobilienpreise so hoch sind wie nie zuvor. Diese Kluft wird immer grösser», weiss Raphael Scheidegger und schliesst: «Umso wichtiger ist es, innerhalb einer Familie gemeinsam nach Lösungen zu suchen.»

VORANKÜNDIGUNG

GENERALVERSAMMLUNG DER ABS

ALTERNATIVE BANK SCHWEIZ

Dienstag, 11. Mai 2027, in der Dampfzentrale in Bern

Am 11. Mai 2027 findet die 36. Ordentliche Generalversammlung (GV) der Alternativen Bank Schweiz AG statt.

Die persönliche Einladung mit der detaillierten Tagesordnung wird spätestens drei Wochen vor der Versammlung verschickt. Anträge von Aktionärinnen und Aktionären sind dem Verwaltungsrat bis spätestens 10. März 2027 (Poststempel) schriftlich einzureichen. In die Traktanden werden ausschliesslich Anträge aufgenommen, für die die Generalversammlung gemäss Artikel 7 der ABS-Statuten zuständig ist.

Senden Sie Ihre Fragen zur Generalversammlung per E-Mail an *gv-ag@abs.ch* oder per Post an: Alternative Bank Schweiz AG, Postfach, 4601 Olten.



Foto: Thomas Plain / Caritas Schweiz

«DAS PROGRAMM ‹NEUSTART› HAT MEIN LEBEN VERÄNDERT»

Victoria* erhielt ihre erste Betreibung, als sie ihren 18. Geburtstag feierte. Heute, sieben Jahre später, baut sie dank dem Programm «Neustart», das von der Alternativen Bank Schweiz (ABS) und Caritas Schweiz finanziert wird, ihre Schulden ab. Emanuela Golzi arbeitet bei der Caritas Neuenburg, wo sie täglich überschuldete Menschen betreut. Text: Diane Zinsel

Victoria, dank «Neustart» sind Sie auf dem Weg in ein schuldenfreies Leben. Wie ist es zu Ihrer Überschuldung gekommen?

Victoria Für mich hat alles in der Jugend angefangen. In meiner Familie lernte ich nie wirklich, mit Geld umzugehen, Schulden einzuschätzen oder ein Budget zu machen. Meine Mutter hatte Schulden – sie hat sie immer noch – und macht sich keine Gedanken um eine Rückzahlung. Als Minderjährige habe ich Bussen erhalten, weil ich schwarzgefahren bin. Meine Mutter, die die Mahnungen zu Hause erhielt, hat sie nicht gezahlt – und ich war so naiv, zu glauben, dass das keine Folgen haben würde. Als ich 18 war, erhielt ich meine erste Betreibung. Da wurde mir klar, dass es kompliziert wird. Später kamen noch andere unerwartete Rechnungen hinzu, beispielsweise für eine Ambulanzfahrt. Hätte man mich schon in jüngeren Jahren auf die Risiken einer Überschuldung aufmerksam gemacht, hätte ich die Situation rechtzeitig einschätzen können.

Frau Golzi, was sind aus Ihrer Erfahrung die häufigsten Gründe für eine Überschuldung?

Emanuela Golzi Dazu gehören Trennungen und Scheidungen, Arbeitslosigkeit oder wenn Menschen zu den Working Poor gehören und zu wenig verdienen, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken. Aber auch ein falsches oder fehlendes Bewusstsein im Umgang mit Geld kann zu einer Überschuldung führen. All das sind die Gründe, die in unseren Statistiken für das Jahr 2025 am deutlichsten hervorstechen. Oft kommt auch hinzu, dass das Steuer- und Versicherungssystem nicht richtig verstanden wird – das betrifft sowohl Personen aus dem Ausland als auch aus der Schweiz. Viele wissen nicht, dass sie Prämienverbilligungen bei der Krankenversicherung beantragen können, oder sie vergleichen nie die verschiedenen Versicherungsmodelle.

Was ist die grösste Schwierigkeit, wenn man überschuldet ist?

Victoria Das Schwierigste war für mich, psychisch damit klarzukommen. Schon mit 18 Jahren verschuldet zu sein, ist eine enorme Belastung. Es gab Monate, in denen ich meine Post nicht öffnete, aus Angst davor, dass es wieder neue Rechnungen sein könnten. Ich habe auch einen Brief erhalten, in dem mir wegen einer Schuld von 600 Franken ein paar Tage Gefängnis angedroht wurden. An diesem Tag war ich wirklich verzweifelt, und mein Sozialarbeiter beim Centre social protestant (CSP), einer Hilfsorganisation hier in der Westschweiz, hat sich sehr bemüht, eine Lösung zu finden.

Von «Neustart» haben Sie dann vom CSP erfahren?

Victoria Genau, mein Sozialarbeiter hat mich auf das zinsfreie Darlehen aufmerksam gemacht, das «Neustart» vergibt. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich meine Lehre bereits abgeschlossen und war berufstätig. Er erklärte mir, dass im Rahmen dieses Programms die Caritas und die ABS alle meine Schulden ablösen würden, wodurch ich von meinen Gläubigern befreit wäre. Dieses Angebot hat mein Leben verändert: Wenn

** Name geändert*

man Schulden hat, werden viele alltägliche Dinge unmöglich, darunter das Abschliessen eines Mietvertrags oder das Beantragen eines Telefonanschlusses.

Wie funktioniert das Programm «Neustart»?

Emanuela Golzi Um anspruchsberechtigt zu sein, muss die verschuldete Person seit sechs Monaten bei einer Hilfsorganisation wie der Caritas oder dem CSP in einer Schuldenberatung sein. Weiter muss sie fest entschlossen sein, ihre Schulden abzubauen, und auch zur Rückzahlung fähig sein, also über ein festes Einkommen verfügen. Der Höchstbetrag des Darlehens beträgt 30 000 Franken und muss innerhalb von drei Jahren zurückgezahlt werden. Wird der Antrag von Caritas Schweiz und der ABS genehmigt, wird der Betrag an das Hilfswerk überwiesen, das sich um die Begleichung der Forderungen kümmert. Die Begünstigten zahlen den Betrag anschliessend in monatlichen Raten an die Bank und Caritas Schweiz zurück.

Welche Rolle spielt eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter im ganzen Ablauf?

Emanuela Golzi Noch bevor ich das Darlehensgesuch stelle, nehme ich Kontakt zu den Gläubigern auf – vor allem zu den Inkassounternehmen –, um möglichst eine Reduktion des geforderten Betrags auszuhandeln. Ich erkläre, dass ich die Möglichkeit habe, für die verschuldete Person ein Darlehen zu beantragen, dass der geforderte Betrag jedoch zu hoch ist, und schlage vor, dass 60 oder 80 Prozent zurückgezahlt werden könnten. Parallel dazu treffe ich mich mit der verschuldeten Person und gegebenenfalls mit ihrer Partnerin oder ihrem Partner. Da es sich um hohe Rückzahlungen handelt, möchte ich sicherstellen, dass sie ein Team sind. Denn ich weiss, dass solche Situationen zu Spannungen in einer Partnerschaft führen können, vor allem wenn die Schulden nur auf den Namen einer der beiden Personen laufen. Sobald das Darlehen bewilligt ist, kümmere ich mich auch um die Zahlungen an die Gläubiger, wobei zunächst kleinere private Schulden gezahlt werden und dann jene an den Staat, der jedoch darüber informiert wird, dass ein Darlehensgesuch in Bearbeitung ist.

Victoria So habe ich das auch erlebt. Mein Sozialarbeiter war immer für mich da: Er hat mir das Darlehen angeboten, mit den Gläubigern verhandelt und mich beruhigt und aufgemuntert, wenn ich es brauchte. Ich bin ihm sehr dankbar, dass er mich so unterstützt hat, ohne mich zu verurteilen.

Wie läuft die Rückzahlung ab?

Victoria Ich habe im Rahmen von «Neustart» ein Darlehen in der Höhe von 15 000 Franken erhalten und zahle monatlich 650 Franken ab. Als wir das Darlehen beantragt haben, haben wir ein Budget aufgestellt, um zu sehen, was mir von meinem Einkommen am Ende des Monats nach Abzug meiner Lebenshaltungskosten noch übrig bleiben würde und was ich noch zahlen könnte.

Emanuela Golzi Die Rückzahlung ist gemäss den Empfehlungen der Schuldenberatung Schweiz über einen Zeitraum von maximal drei Jahren vorgesehen. Man muss sich bewusst sein, dass die Personen, die dieses Programm in Anspruch nehmen, knapp über dem Existenzminimum leben, um ihre laufenden Ausgaben zu decken und das Darlehen zurückzuzahlen. Sie haben nur sehr wenig Spielraum, um unvorhergesehene Ausgaben wie Zahnarztkosten oder die Kosten einer Autoreparatur zu bewältigen. Und diese Situation darf nicht ewig so weitergehen. Das Darlehen der ABS und der Caritas Schweiz kann bis zu 30 000 Franken betragen, was bedeutet, dass die monatliche Rate sich bis auf 833 Franken belaufen kann – ein enormer Betrag. Unsere Aufgabe ist es, die Raten bestmöglich auf das Budget der verschuldeten Person abzustimmen und sie sowie deren Angehörige gut auf das vorzubereiten, was auf sie zukommt.

Was passiert, wenn die Person den Rückzahlungsplan für das Darlehen nicht mehr einhalten kann?

Emanuela Golzi Das ist eine gute Frage, auf die ich noch keine Antwort habe, da das Programm neu ist. Derzeit begleite ich eine Leistungsempfängerin, die letzten Monat ihre Arbeit verloren hat – der erste Fall dieser Art. Ihre privaten Schulden hatte ich bereits mit dem Darlehensgeld beglichen. Die Schulden beim Staat waren hingegen noch offen, weil ich einen Schuldennachlass aushandeln wollte. Daraufhin schrieb ich Caritas Schweiz, erläuterte die Situation und bot an, das verbleibende Geld zurückzuerstatten. Der Fall wird derzeit bearbeitet.

Und Sie, Victoria, wie weit sind Sie mit Ihren Rückzahlungen?

Victoria Bis Ende Jahr sollte ich das Darlehen zurückbezahlt haben. Dafür werde ich etwas weniger als die vereinbarten zwei Jahre gebraucht haben. Beim Thema Geld bin ich weiterhin sehr wachsam, obwohl meine Situation inzwischen stabil ist und mein Mann sehr gut weiss, wie man ein Budget erstellt und einhält. Meinen Kontostand überprüfe ich sehr regelmässig. Ausserdem sensibilisiere ich mein Umfeld für das Thema, insbesondere meine 14-jährige Schwester.

Noch ein letzter Tipp?

Emanuela Golzi Bleiben Sie mit Ihren Schulden nicht allein, sondern holen Sie sich Unterstützung – auch wenn die Beträge zunächst gering erscheinen. Oft lohnt es sich, mit den Gläubigern zu verhandeln, insbesondere mit Inkassounternehmen. Ein erheblicher Teil der geforderten Summe besteht häufig aus Gebühren, die sich anfechten lassen.

Victoria Schämt euch nicht!

DAS PROGRAMM «NEUSTART» IN ZAHLEN

Seit Beginn des Programms im Juni 2024 sind bei «Neustart» 25 Darlehensgesuche eingegangen. Davon wurden 20 genehmigt und vier abgelehnt, eines ist noch offen. Die Gesuchstellenden stammen aus den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Glarus, Luzern, Neuenburg, St. Gallen, Waadt und Zug. Bis jetzt sind Darlehen von insgesamt 268 704.58 Franken vergeben worden. Davon sind bereits 77 391.45 Franken zurückbezahlt.

Weitere Informationen zum Projekt «Neustart»:
caritas.ch/schuldenberatung

Wichtig: Gesuche können ausschliesslich Fachpersonen der Schuldenberatungsstellen (Mitglieder des Dachverbands Schuldenberatung Schweiz) stellen. «Neustart» nimmt keine direkten Anfragen von betroffenen Personen entgegen und die ABS auch nicht. Dadurch stellen die Caritas und die ABS sicher, dass nur jene Personen Hilfe erhalten, die sich bereits in einer professionellen Beratung befinden. Zudem werden Betroffene unterstützt, die nicht über genügend Mittel verfügen, um selbst eine Lösung aus der Schuldensituation zu finden.

NACHHALTIGKEITSBERICHT 2025 ERSCHIENEN

Was waren 2025 die Highlights in Bezug auf die Nachhaltigkeit? Wie misst die Alternative Bank Schweiz (ABS) ihre Klimawirkung, und was hat sie letztes Jahr konkret für die Biodiversität getan? Katrin Wohlwend und Isabelle Vieli sind bei der ABS zuständig für die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Im Gespräch geben sie Einblick in den jüngst erschienenen Bericht 2025 und ordnen einzelne Ergebnisse ein. Interview: Larissa Jecker



Foto: Wolf Fotografie

Katrin Wohlwend (links) und Isabelle Vieli (rechts) haben den Nachhaltigkeitsbericht 2025 verfasst.

Dieser Text ist ein Auszug – das Interview in voller Länge finden Sie unter: *abs.ch/naha25-interview*

Warum veröffentlicht die ABS jedes Jahr einen Nachhaltigkeitsbericht?

Katrin Wohlwend Die ABS braucht aus zwei Gründen einen Nachhaltigkeitsbericht. Erstens hat sie seit ihrer Gründung vor über 35 Jahren hohe Ansprüche an ihre eigene Transparenz. Sie will sich selbst überprüfbar und ihre Versprechen hinterfragbar machen.

Zweitens ist die Nachhaltigkeitsberichterstattung eine wichtige Basis für die strategische Ausrichtung und die Steuerung der Bank. Auch wenn wir uns bewusst sind, dass sich nicht alles Wichtige messen lässt, brauchen wir Informationen, um realistische Ziele und Massnahmen festlegen zu können.

Inwiefern beeinflussen Banken eigentlich das Klima?

Isabelle Vieli Ob wir Flugobst kaufen oder beim Bauern nebenan unser Gemüse beziehen – alle unsere Handlungen verursachen Treibhausgase und haben damit eine Auswirkung auf das Klima. So auch der Betrieb und die Tätigkeiten einer Bank. Am offensichtlichsten sind Emissionen, die mit dem Betrieb der Standorte zusammenhängen, zum Beispiel das Heizen, der Strom, das Papier oder der Pendelverkehr der Mitarbeitenden. Viel wichtiger sind aber die Auswirkungen unserer Kredite und Investitionen.

Warum?

Isabelle Vieli Als Bank sind wir beteiligt an den Emissionen, die die von uns finanzierten Unternehmen und Immobilien verursachen. Das heisst, wir müssen unseren Anteil an diesen Emissionen gemäss unserem investierten Kapital berechnen. Bei der ABS berücksichtigen wir für die Berechnung unserer Klimawirkung sowohl die betrieblichen als auch die finanzierten Emissionen, sofern eine Berechnungsmethodik existiert und Daten verfügbar und qualitativ ausreichend sind.

In welchem Grössenverhältnis stehen die betrieblichen und die finanzierten Emissionen?

Isabelle Vieli Wie bei vielen Dienstleistungsunternehmen sind die betrieblichen Emissionen bei Banken vergleichsweise gering. Den weitaus grössten Beitrag zum Treibhausgas-Fussabdruck leisten die Investitionen und Kredite. Bei der ABS resultieren mit 151 Tonnen Treibhausgasen nur 0,06 Prozent der gesamten Emissionen aus dem Betrieb. Dagegen stammen 232 984 Tonnen aus den finanzierten Emissionen. Die finanzierten Emissionen der ABS sind damit über 1500-mal höher als die betrieblichen Emissionen.

Welche Fortschritte gab es 2025 aus Sicht der Nachhaltigkeitsberichterstattung?

Katrin Wohlwend Erstens haben wir im Bereich der gemeinnützigen Immobilien gute Fortschritte erzielt bezüglich der Datenqualität. Im vorliegenden Nachhaltigkeitsbericht kann die ABS erstmals teilweise auf Primärdaten zu Energieverbrauch und Wärmebezug zurückgreifen. Dies haben wir vor allem dem engagierten Mitwirken unserer Kundinnen und Kunden zu verdanken. Das finde ich toll und alles andere als selbstverständlich, da sie ausser Aufwand direkt nichts davon haben.

Zweitens gibt es kleine Fortschritte im Bereich der Biodiversitätsberichterstattung. Erstmals haben wir auch für unsere Vermögensverwaltungsmandate, für die Finanzanlagen und Beteiligungen der ABS sowie für einen Teil des Kreditgeschäfts Zahlen zur Biodiversität ausgewiesen. Somit kann man für einen grösseren Teil des ABS-Portfolios nun nachvollziehen, ob unsere Kredite und Anlagen in Industrien sind, die tendenziell höhere negative Auswirkungen auf die Biodiversität haben. Das ist erst mal ein kleiner Fortschritt, aber wir bleiben dran und entwickeln unsere Berichterstattung Schritt für Schritt weiter.

Weiterlesen

Interview:
Das Interview in voller Länge finden Sie unter:
abs.ch/naha25-interview

Nachhaltigkeitsbericht 2025:
Ausführliche Erläuterungen und detaillierte Kennzahlen gibt es im Nachhaltigkeitsbericht 2025: *abs.ch/naha25*

MIT ABS-AKTIEN ERMÖGLICHEN SIE SINNVOLLES – FÜR ANDERE UND FÜR SICH

Wer ABS-Aktien erwirbt, investiert in eine Bank, die sich mit ihrer Geschäftstätigkeit seit 36 Jahren für das Gemeinwohl, die Menschen und die Natur einsetzt. Als Aktionärin oder Aktionär stärken Sie die Alternative Bank Schweiz (ABS) und ermöglichen ihr die Finanzierung von Projekten, die sie nach ihren sozialen und ökologischen Kriterien auswählt. Text: Julia Barriga

Die ABS macht Werbung in eigener Sache. Denn mit dem Erwerb von ABS-Aktien ermöglichen Sie Sinnvolles – für andere und für sich. Als Aktionärin oder Aktionär sind Sie Miteigentümerin beziehungsweise Miteigentümer der ABS und damit Teil einer vielseitigen und engagierten Trägerschaft ohne Grossaktionäre. Sie erhalten regelmässig einen vertieften Einblick in die Tätigkeit der Bank und können an der Generalversammlung in strategischen Fragen mitbestimmen und werden zu exklusiven Exkursionen zu ABS-Kreditnehmenden eingeladen.

Zugleich leisten Sie einen wichtigen Beitrag für die Vergabe von Krediten. Je mehr Eigenmittel der ABS zur Verfügung stehen, desto mehr sinnvolle Projekte und Unternehmen kann sie finanzieren. Dazu zählen wir etwa den ressourcenschonenden Neubau von Wohnbaugenossenschaften, die Umstellung eines konventionellen Bauernhofs auf biologische Landwirtschaft oder den Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach einer Industriehalle. Sehen Sie sich die Porträts von ausgewählten Kreditkundinnen und -kunden der ABS unter *abs.ch/inspiration-holen* an.

Neben dem ökologischen und sozialen Aspekt bietet die ABS-Aktie auch eine wirtschaftliche Perspektive. Aktionärinnen und Aktionäre werden am Unternehmenserfolg der ABS beteiligt und erhalten abhängig vom Geschäftsgang eine moderate Dividende. Ab zehn Aktien profitieren sie zudem von vergünstigten Konditionen auf ihrem Alltagskonto.

Möchten auch Sie ein Stück ABS kaufen?
Die ABS-Aktie ist nicht börsenkotiert, richtet sich an Menschen, die mit ihrem Geld etwas bewegen und langfristig investieren möchten. Sie verbindet Mitbestimmung, das Ermöglichen von nachhaltigen Krediten und eine finanzielle Beteiligung.

Weitere Informationen zu Chancen, Risiken und Konditionen finden Sie unter: *abs.ch/aktien*

HINWEIS: Bitte prüfen Sie vor einem Erwerb, ob die Anlage zu Ihren Anlagezielen, Ihrer finanziellen Situation und Ihrer Risikobereitschaft passt. Gerne beraten wir Sie persönlich.

ABS-AKTIENHYPOTHEK FÜR SELBSTGENUTZTES EIGENTUM

Aktuell bietet die ABS Neu-Aktionärinnen und -Aktionären ihre Aktienhypothek für selbstgenutztes Wohneigentum zu vorteilhaften Konditionen an. Bedingung ist, dass sie für mindestens 4 % des Hypothekarbetrages ABS-Aktien zeichnen.

Weitere Informationen dazu unter:
abs.ch/aktien-hypothek

LANCIERUNG DER ABS-HYPOTHEK FAIRES WOHNEN

Anfang Juni hat die Alternative Bank Schweiz (ABS) die neue Hypothek Faires Wohnen lanciert – eine Förderhypothek für nachhaltige Bauprojekte von gemeinnützigen Wohnbauträgern. Text: Luzia Küng

Mit der neuen ABS-Hypothek Faires Wohnen will die ABS gezielt gemeinnützige Wohnbauträger unterstützen, die Wohnraum nach den Grundsätzen der Kostenmiete vermieten und ein Bauprojekt zur Steigerung der Energieeffizienz realisieren. Gleichzeitig will sich die ABS als Partnerin positionieren, die die Bedürfnisse dieses stark umworbenen Kundensegments versteht und konkrete Lösungen entwickelt.

Faires Wohnen ist ein neues Angebot auf dem Schweizer Markt, das den Hypothekarzins an den Referenzzinssatz des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO, *bwo.admin.ch/referenzzinssatz*) koppelt. Dieser gilt als massgebliche Referenz für die Mietpreisentwicklung in der Schweiz. Für die Kundschaft bedeutet das hohe finanzielle Planbarkeit, da ihre Einnahmen und Kreditkosten an dieselbe Entwicklung gebunden sind.

Beim Kreditzins berücksichtigt die ABS zudem Kriterien zum individuellen Risiko der Finanzierung und zur Bauweise der Liegenschaft: Je nachhaltiger gebaut wird, desto tiefer ist der Kreditzins. Nach Abschluss der Bauarbeiten ermittelt die ABS mit dem bankeigenen Bewertungstool ABS-ImmoImpact *(abs.ch/immoimpact)* die Nachhaltigkeitsstufe der Immobilie. Für den Abschluss einer ABS-Hypothek Faires Wohnen muss dabei mindestens die Stufe 1 erreicht werden oder ein entsprechendes gängiges Zertifikat beziehungsweise Label vorliegen.

Weitergehende Informationen zur neuen ABS-Hypothek Faires Wohnen finden Sie unter: *abs.ch/faireswohnen*

Foto: Ruben Hollinger



Tag der Wohnbaugenossenschaften vom 6. Juni 2026 in Pratteln. Ivo Balmer, Präsident der Genossenschaft Mietshäuser Syndikat Basel, führt ABS-Aktionärinnen und -Aktionäre durch die «Zentrale Pratteln». Sechs gemeinnützige Bauträger realisieren zusammen rund 480 neue Wohnungen in fairer Kostenmiete für etwa 1200 Bewohnende mit unterschiedlichen Haushaltsformen und Lebensentwürfen.

AUGEN AUF! FÜR MEHR DIGITALE SICHERHEIT.

Die Herbst- und Wintermonate sind Hochsaison für Online-Einkäufe, Reisen, Gewinnspiele und Spendenaktionen. Das nutzen Kriminelle gezielt aus: Sie versuchen, Menschen zu vorschnellen Entscheidungen zu verleiten und so an ihr Geld zu gelangen.

Die Betrugsmaschen verändern sich laufend, die psychologischen Tricks bleiben jedoch oft dieselben: Kriminelle erzeugen Zeitdruck, erschleichen Vertrauen, nutzen Hilfsbereitschaft aus, locken mit attraktiven, aber gefälschten Angeboten oder verlassen sich auf unsere Gewohnheiten.

Die wirksamsten Schutzmassnahmen sind dabei oft die einfachsten:

- **Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen**
  Prüfen Sie Zahlungen und andere Transaktionen in Ruhe. Brechen Sie den Vorgang ab, wenn Sie zu schnellem Handeln gedrängt werden.
- **Seien Sie auch bei vertrauten Kontakten kritisch**
  Kriminelle geben sich häufig als Banken, Behörden oder Bekannte aus. Geben Sie niemals Passwörter oder Sicherheitscodes weiter.
- **Prüfen Sie ungewöhnliche Geldanfragen**
  Verifizieren Sie Identitäten von Personen, bevor Sie Geld überweisen.
- **Hinterfragen Sie Schnäppchen und Angebote**
  Seien Sie skeptisch bei unerwarteten Gewinnen, hohen Rabatten oder Angeboten, die nur für kurze Zeit gelten sollen.
- **Kontrollieren Sie auch Gewohntes**
  Prüfen Sie Links, Empfänger und Absender auch bei Routineabläufen.



Illustration: artischock.net

Weitere Informationen finden Sie unter:
abs.ch/cybersecurity

Die vorliegenden Informationen dienen der Sensibilisierung im Umgang mit Cyber-Kriminalität. Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

ALLE KONTEN IM BLICK: ABS LANCIERT MULTIBANKING

Privatkundinnen und -kunden der Alternativen Bank Schweiz (ABS) können ab sofort Konten anderer Schweizer Banken im Digital Banking der Alternativen Bank Schweiz verwalten. Text: Simon Rindlisbacher

Möglich wird dies dank der Multibanking-Funktion, die Teil des neuen Digital Banking der sozial-ökologischen Alltagsbank ist. Die Einbindung der Konten ist in wenigen Schritten erledigt und für die Kundinnen und Kunden der ABS kostenlos. Danach können sie vom ABS Digital Banking aus die Bewegungen auf den eingebundenen Konten einsehen, die Kontostände prüfen und ab allen Konten Zahlungen in Auftrag geben. Das Hin- und Herwechseln zwischen verschiedenen Plattformen entfällt.

Die Multibanking-Funktion basiert auf der Open-Banking-Plattform «blink», die von der SIX Group betrieben wird. Sie erfüllt alle gesetzlichen Vorgaben für einen sicheren Zahlungsverkehr. Eingebunden werden können die Konten von Banken, die die Funktion selbst auch anbieten. Eine Liste wird angezeigt, wenn man im Digital Banking den Zugriff einrichtet. Zurzeit sind es über 50 Banken, Tendenz steigend.

So aktivieren Sie Ihr Multibanking: *abs.ch/multibanking*



Illustration: artischock.net

SEIEN SIE WACHSAM UND SCHÜTZEN SIE SICH

Bitte beachten Sie, dass durch die Nutzung von Multibanking und die damit verbundene Zentralisierung von Bankverbindungen die potenzielle Höhe eines Schadens im Falle von Betrug beziehungsweise Cyberkriminalität zunehmen kann.

Erfahren Sie jetzt, wie Sie sich vor Betrug schützen können: *abs.ch/sicherheit-im-digitalen-zahlungsverkehr*



WWF

**Die Natur ist unser Leben.
Sorgen wir für beides.**

casafair
Eigentum
mit Verantwortung

www.casafair.ch



50% auf Mitgliedschaft im 1. Jahr **mit Promocode ABS50**

Casafair –
der Verband für
Eigentümer*innen
mit Weitsicht.

**Von A wie Altlast bis Z
wie zukunftsweisende Lösung.
Bei uns sind sie rundum
gut beraten.**





SCHNELLER ZUR SCHULE

Jetzt spenden und Bildung ermöglichen!

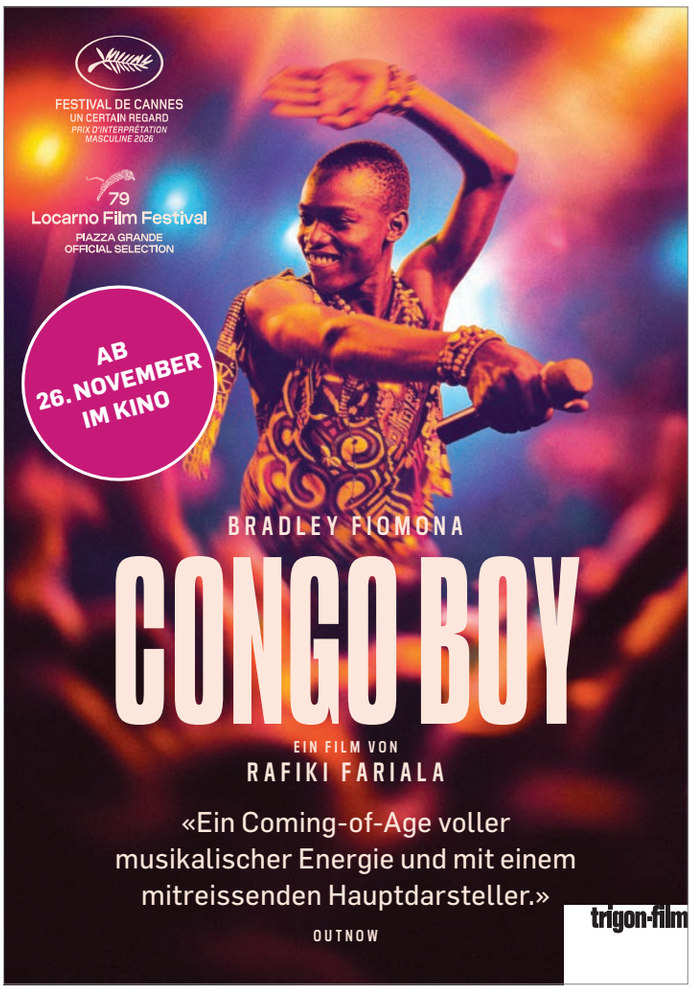
velafrica.ch/abs

velafrica
Mobilität mit Perspektiven

INVESTITION MIT SUBSTANZ

Antizyklisch investieren in *nachhaltige Wohnbauten* im *Tessin*. Sie möchten Ihr Geld sicher anlegen und dabei einen persönlichen Bezug zu Ihrer Investition behalten? Investieren Sie z. B. in eine Wohnbaugenossenschaft in einem Dorf aus dem Schweizerischen Inventar der schützenswerten Ortsbilder.

Informationen: rpfischer@bluewin.ch





youdera.



3.15% Zins – investieren Sie in die Solar- und Speicherzukunft

Möchten Sie erneuerbare Energien unterstützen und gleichzeitig eine attraktive Rendite erzielen? Dann sind die Obligationen von Youdera die richtige Wahl für Sie.

Die Anleihe (Mindestzeichnung CHF 5'000) mit einem Zinssatz von 3.15% und einer Laufzeit von fünf Jahren (01.02.2027 – 31.01.2032) kann bis zum 25.01.2027 gezeichnet werden.

Mit über zehn Jahren Erfahrung hat Youdera eine starke Position mit mehr als 2'000 realisierten Solaranlagen aufgebaut: In der Schweiz entwickelt, finanziert, besitzt und betreibt das Unternehmen von den Standorten Lausanne und Solothurn Solaranlagen und erweitert seine Präsenz in weiteren europäischen Märkten kontinuierlich. 2026 sicherte sich Youdera eine strategische Investition einer führenden europäischen Investmentgesellschaft und stärkt damit Youderas Fähigkeit, dezentrale Energieprojekte zu finanzieren und zu skalieren.

Youderas Vision ist eine dezentrale Solarzukunft: Strom, der lokal produziert wird, nahe am Ort des Verbrauchs. Neben Solaranlagen investiert Youdera auch in Batterielösungen, die für ein widerstandsfähiges, erneuerbares Energiesystem entscheidend sind. Kundinnen und Kunden zahlen nur für den produzierten oder verbrauchten Strom und nicht für die Anlage selbst. Das macht die Anfangsinvestition überflüssig und den Wechsel zu Solar einfach.

Weitere Informationen unter
www.youdera.com/bond
bond@youdera.com
+41 32 580 02 38

Schulden: Welche Rolle spielen sie für Einzelne, Firmen und Staaten? Wie schaffen sie Möglichkeiten, und wie verbauen sie sie?

moneta #3–2026

«Niemand wäre auf die Idee gekommen, sein Geld einer Bank anzuvertrauen»

Das Landesmuseum Zürich zeigt zurzeit eine Ausstellung über die Schweiz als Bankenland. Kurator Christian Weiss erklärt, wie das Aufbewahren und Verleihen von Geld in der Schweiz zu einem prägenden Geschäft wurde.

Interview: Roland Fischer

Herr Weiss, was gab den Anstoss, eine Ausstellung über Banken zu machen?

Christian Weiss Das Thema schwirrte bei uns schon lange herum, der Auslöser war dann die Übernahme der Credit Suisse im Jahr 2023. Es war uns allerdings rasch klar, dass wir nicht einfach eine Ausstellung zur aktuellen Krise machen, sondern einen grösseren Bogen spannen wollten.

Was musste auch noch rein?

Banken sind ja offensichtlich kein rein ökonomisches Thema, sie haben mit der Schweizer Identität zu tun. Wir wollten das also nicht einfach vom Tagesgeschehen her erzählen, sondern auch kulturhistorisch. Man denke nur an die ewigen Kontroversen um das Bankgeheimnis.

Um die Banken heute zu verstehen, lohnt sich ein Ausflug in die Banken-Prähistorie. Sie schreiben: Schon lange bevor es offizielle Banken gab, spielten Geld, Kredit und Vertrauen eine zentrale Rolle im Alltag. Wir interessieren uns hier speziell für Kredite, wo bekam man die?

Da waren im Laufe der Geschichte verschiedenste Akteure im Spiel. Im Mittelalter zum Beispiel galt lange ein striktes Wucher- beziehungsweise Zinsverbot, deshalb war das Kreditwesen ein risikobeladenes Geschäft ohne viel Profit. Man überliess es weitestgehend den Juden. Wo die Verbote lockerer waren, gingen aber auch immer andere Gruppen ins Kreditgeschäft: Die Lombarden und generell die Norditaliener waren traditionell im Geldgeschäft tätig.

Das scheint ja historisch ohnehin eine Konstante zu sein: Kredit hat immer mit Zins zu tun, gleichzeitig gab es immer wieder Zinsverbote.

Ja, an dem Widerspruch zeigt sich exemplarisch die Problematik jüdischer Geldverleiher, die ein Gewerbe ausübten, das wichtig für die Wirtschaft und gleichzeitig stigmatisiert war. Als dann die Pestwelle durch Europa geht, werden die Juden bezichtigt, daran schuld zu sein. Und die Obrigkeiten tun wenig, um die jüdischen Bevölkerungsteile wirksam zu schützen.

Womöglich weil sie ebenfalls bei ihnen verschuldet waren und sich auf diese Weise von der finanziellen Last befreien konnten?

Da bleibt historisch vieles implizit, schriftliche Beweise haben wir nicht. Aber tatsächlich passieren im Zuge der Pogrome richtiggehende Umverteilungen: Man sieht, dass ehemalige Schuldner plötzlich Inhaber von Immobilien geworden sind.

Welche Rolle spielte der Staat im Zusammenhang mit dem florierenden und kontroversen Kreditgeschäft?

Es war immer ein Pendeln zwischen Verbot, Regulierung und direkter Beteiligung am Geschäft. Verschuldung der Bevölkerung wurde immer wieder als gesellschaftliches Problem erkannt, da versuchte man dann ausgleichend einzugreifen.
Am Ende des Mittelalters wird dann das Kreditgeschäft verstaatlicht, es etablieren sich die sogenannten Stadtwechsel.

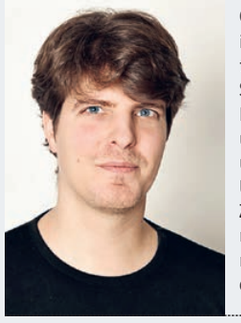
Wechsel?

Ja, deren erste Aufgabe ist tatsächlich die einer Wechselstube, in der Reisende ihr Geld in die lokale Währung wechseln können. Aber genau in diesen Stuben etabliert sich auch ein Geschäft mit Kleinkrediten. Sie sind also in gewisser Weise die Vorläufer der Banken. So finden die verschiedenen Bankgeschäfte immer mehr zusammen: Geld wechseln, Geld leihen, Vermögen verwalten und sicher aufbewahren. Vorher hat man sein Geld oft einfach im Boden vergraben, niemand wäre auf die Idee gekommen, es einer Bank anzuvertrauen.

Schauen wir noch auf die andere Seite, die der Schuldner: Wer nahm denn Kredite in Anspruch?

Da haben wir nur ein lückenhaftes Bild. Je weniger spektakulär ein Kreditgeschäft war, desto weniger deutlich sehen wir es in den historischen Quellen. Es kann also gut sein, dass Kleinkreditnehmer zu wenig sichtbar sind in der Forschung und wir vor allem die grossen Geschäfte mit Fürstenhäusern oder mächtigen Firmen betrachten. Aber eines ist klar: Dass man einen Kredit für sich selbst aufnimmt, ist bis ins 20. Jahrhundert hinein sehr ungewöhnlich.

Foto: zvg



Christian Weiss, 1975 in Zürich geboren, ist Kurator für Numismatik und Siegel im Schweizerischen Nationalmuseum und unterrichtet Numismatik und Geldgeschichte an den Universitäten Bern und Zürich. Mit seiner Partnerin und den beiden gemeinsamen Kindern lebt er in der Stadt Zürich.